

G e s c h i c h t e
der
preußisch = deutschen
Unionsbestrebungen
seit
der Zeit Friedrich's des Großen.

Nach authentischen Quellen
im diplomatischen Zusammenhange
dargestellt
von
Dr. W. Adolf Schmidt
außerordentlichem Professor der Geschichte an der Universität zu Berlin.

Berlin, 1851.
Verlag von Veit und Comp.

V o r w o r t.

Es giebt geschichtliche Thatsachen, deren Bedeutung längst verloren scheint, und die doch plötzlich nach neuen Wandlungen unserer Geschichte eine erneute und unmittelbare Bedeutung gewinnen. Dahin gehören gegenwärtig die früheren Unionsbestrebungen in Deutschland.

Die vorliegende Arbeit hat meine jüngst erschienene Schrift „Preußens deutsche Politik. Die Dreifürstenbünde 1785, 1806, 1849“ zu ihrer steten Voraussetzung. Beide ergänzen einander. Dort sind die allgemeinen Verhältnisse in erzählender Form geschildert; hier die Details der Entwicklungen in ihrem ursprünglichen urkundlichen Gewande vorgeführt. In jener Schrift hatte ich, ohne Benützung archivalischer Quellen, aus oft nur spärlichen, jederzeit aber unzureichenden Ueberlieferungen den Faden der Darstellung mehr combinatorisch als mit der Zuversicht der Authentizität fortgesponnen. Ich versuchte eben zu zeigen, daß von den Dingen zwar zu wenig bekannt sei um die Wahrheit ganz zu erkennen, aber doch zu viel um sie noch ferner zu verschweigen. Daß dieser Versuch kein völlig mißlungener war, davon giebt die gegenwärtige Arbeit Zeugniß, die in ihrer ganzen Ausdehnung unmittelbar aus dem unererschöpflichen Material archivalischer Schätze herzustellen mir vergönnt war.

Nicht überall jedoch zeigte sich dieselbe Geneigtheit, der historischen Forschung die Bahn zu ebenen.

In Berlin erhielt ich schon im April d. J. durch die Vermittlung des Directors der Archive, des Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrathes Herrn G. W. von Raumer, die Autorisation des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zur Benutzung der Akten des Geheimen Staats-Archivs, sowohl in Betreff des deutschen Fürstenbundes von 1785, wie in Betreff des nordischen Reichsbundes vom Jahre 1806. Für den ersteren fließen daselbst die Quellen so reichhaltig, daß sie in keiner Beziehung etwas zu wünschen übrig lassen. Dagegen sind die Akten über den Bund von 1806 nur fragmentarisch; theils weil das Meiste in Berlin wie in Dresden mündlich verhandelt wurde; theils weil, wie Herr von Raumer mir schriftlich bestätigte, der Minister von Haugwitz „nach der Schlacht von Jena viele seiner Papiere verbrannt hat, und darunter nicht unwahrscheinlicher Weise Vieles was auf diese Sache Bezug hatte.“ Auch der Geheime Archivrath Klaatsch bezeichnet jene Zeit als die „traurige Periode, aus der bekanntlich die Papiere größtentheils vernichtet sind.“

Um nun die betreffenden Lücken aus den Archiven zu Dresden und Cassel ergänzen zu können, wandte ich mich im Juli d. J. mit einem desfallsigen Gesuche sowohl an das königl. sächsische wie an das kurfürstl. hessische Gesamtministerium. Von Dresden her wurde mir durch die Kanzlei des Gesamtministeriums eröffnet, daß „ertheilter Anordnung gemäß“ mir „die Benutzung der im Hauptstaatsarchiv über den im Jahr 1806 projectirten nordischen Reichsbund befindlichen Nachrichten zu dem beabsichtigten Zwecke nicht gestattet werden könne.“ Aus Cassel erhielt ich von Seiten des Ministeriums des Innern „kraft allerhöchsten Auftrags“ den Bescheid: „daß man bedaure, dem Unternehmen nicht förderlich sein zu können, da das diesseitige Staatsarchiv keinerlei Akten enthalte, welche auf die bezeichnete Periode Bezug haben.“ Gleichzeitig kam mir auf Privatwegen die Benachrichtigung zu, daß zwar das Staatsarchiv in Cassel über den Bund von 1806 allerdings nichts enthalte; daß jedoch zu Wilhelmshöhe ein sogenanntes Kabinettsarchiv bestehe, welches die Akten über Familienangelegenheiten des Fürstenhauses enthalten soll, wozu aber Niemand Zutritt habe, so daß auch Niemand wisse, was eigentlich darin lagere. „Es ist hier Gewohnheit,“

sagt dieser Privatbericht, „wenn Sachen fehlen die nothwendig vorhanden sein müssen, zu vermuthen, daß sie in jenem unbekanntem Behälter begraben sein müßten.“

Nur aus Weimar wurden mir schon im April Mittheilungen zugesagt, falls sich in dem dortigen Hauptarchiv Nachrichten über den Bund von 1806 vorfinden sollten; es ist indessen seitdem keine Mittheilung an mich erfolgt.

So war ich denn auf das Geheime Staatsarchiv in Berlin, mit dem das Kabinettsarchiv bekanntlich vereinigt ist, allein angewiesen und nach Kräften bemüht, die Lücken in dem Zusammenhange der Hauptakten durch ein Eingehen auf Nebenpartien zu ergänzen. Nicht dankbar genug kann ich es anerkennen, wie sehr meine Bemühungen hierin durch die Bereitwilligkeit und persönliche Theilnahme sowohl des Herrn G. W. von Raumer selbst, wie der Geheimen Archivräthe Herren Klaatsch und Köhne, erleichtert und unterstützt worden sind.

Welche Ausbeute dieselben gewährten, mag der Leser selbst ermesen. Es genügt zu bemerken, daß alle Nachrichten in diesem Buche aus dem genannten Archiv entnommen sind, bei denen nicht ausdrücklich eine andere Quelle bezeichnet ist.

Dieser letzteren aber sind sehr wenige. Es gehören dahin namentlich die dürftigen Anführungen aus den Dresdener Archiven in dem Werke von Bölsig „Die Regierung Friedrich Augusts, Königs von Sachsen,“ die ich, soweit sie noch nicht entbehrlich geworden, auf erschöpfende Weise in den Zusammenhang eingefügt habe; die irrthümlichen Angaben desselben werden sich zum Theil nun von selbst widerlegen, so daß es überflüssig wäre, jeglichen Irrthum besonders hervorzuheben. — Ferner einige einschlagende Notizen in dem jüngst erschienenen Werke des Obersten von Höpffner „Der Krieg von 1806 und 1807. Ein Beitrag zur Geschichte der preussischen Armee, nach den Quellen des Kriegsarchivs bearbeitet. Erster Theil. Erster Band 1850. Berlin.“ — Die Stücke über den Fürstenbund, welche Herzberg im zweiten Theil seines Recueil unter Nr. 7—11 mitgetheilt hatte, sind nach den handschriftlichen Texten vielfach berichtigt worden. Die neue akademische Ausgabe von Friedrich des Großen Werken enthält (T. VI. p. 241 ff.) nichts als einen Wiederabdruck der im Re-

cueil unter Nr. 9 und 10 veröffentlichten Documente, und zwar in derselben unauthentischen Form, weil man auf die Originale nicht zurückging.

Manche Aufstellungen, die in meiner Schrift „Preußens deutsche Politik“ nur als Ergebnisse bloßer Combinationen erscheinen, finden nunmehr ihre volle Bestätigung und Präcisirung. Einige erleiden eine Modification. Ueber das Ganze des Gegenstandes aber ergießt sich, durch die Fülle der Einzelheiten, ein helleres, oft überraschendes Licht, das eine Menge neuer Zusammenhänge und Verbindungen, neuer Ursachen und Wirkungen beleuchtet und scharf in die Augen fallen läßt. Bleibt hin und wieder ein dunkler Punkt von diesem Lichte unerreicht, so bin ich mir doch bewußt, sowohl nach allem was Aufklärung geben kann gestrebt, als auch, selbst auf die Gefahr des Anstoßes, nichts aus Rücksichten unterlassen oder übergangen zu haben. Und auch von außenher, wie ich freudig im Namen der Wissenschaft anerkennen darf, hat keine Rücksicht meine Mittheilungen auch nur um ein Wort verkürzt. In Betreff der Akten über den Fürstenbund erhielt ich unterm 31. August die Erklärung, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten „nichts gegen deren Abdruck zu erinnern finde.“ In Betreff des Bundes von 1806 wurde mir die gleiche Erklärung unterm 21. October zu Theil.

Daß ich das Raibündniß von 1849 vorläufig unberührt ließ, rechtfertigt sich von selbst, da dessen Geschichte im frischen Gedächtniß steht und die Akten desselben durch das öffentliche Verfahren der Diplomatie zur allgemeinsten Kunde gelangten. Ebenso wenig schien es mir geeignet oder gar nothwendig, bis auf das anti-österreichische Project einer Reichsassociation vom Jahre 1743 zurückzugehen, das in Baiern entstand, von Friedrich dem Großen und dem Bischof von Würzburg namentlich begünstigt wurde, und den Zweck hatte, zunächst durch eine enge Verbindung Baierns und Preußens den Wittelsbachischen Kaiser aufrecht zu erhalten. Ranke hat über diesen Versuch, der nicht über den bayerischer Seite vorgelegten Entwurf hinausging und durch Carl's VII. Tod völlig abgeschnitten wurde, einige Data beigebracht (Neun Bücher Preuß. Gesch. 3, 94 ff.).

Wenn ich im Eingange, trotz der eben erwähnten Mängel,

meine frühere Arbeit über denselben Gegenstand als die Voraussetzung der gegenwärtigen bezeichnete, so geschah dies, weil es billigerweise hier nicht meine Aufgabe sein konnte, dort Gesagtes zu wiederholen, denselben Faden noch einmal zu spinnen. Vielmehr lag es mir ob, die Entwicklung der Dinge nur insofern und so weit erläuternd zu begleiten, als sich mir neuer Stoff darbot; nicht eine nach allen Richtungen sich ausdehnende selbstständige Darstellung zu geben, sondern das urkundliche Material mit dem ganzen Reichthum seines Inhalts in die bekannteren Umrisse einzuweben; und zwar deshalb, weil diese Urkunden fast durchgängig zum erstenmal in die Oeffentlichkeit treten, und weil es daher unverzeihlich gewesen sein würde, etwas Anderes als die Authenticität in der Form der Mittheilung zum leitenden Gesichtspunkt zu machen. Aus diesem Grunde mußte denn auch die französische Sprache überall, wo sie als die officielle und ursprüngliche Form auftrat, unverfehrt beibehalten werden.

Freilich wurde die französische Sprache in diesen Altstücken von sämmtlichen Betheiligten auf eine Weise gehandhabt, die, zumal heutigen Tags, unendlichen Anstoß erregen muß. Ich meine nicht etwa bloß den gänzlichen Mangel an Orthographie, wie er sich bekanntermaßen in allen Handschriften Friedrichs des Großen kund giebt; sondern zumal auch den fehlerhaften Gebrauch der Syntax, der z. B. durchgängig dahin neigt, si mit dem Conditionnel zu verbinden. Ich habe indessen geglaubt, an dieser Form im Wesentlichen nichts ändern zu dürfen; nur in einzelnen Fällen ist die heutige Rechtschreibung als maßgebend angewandt, wie ai statt oi¹⁾; ferner habe ich bloße Schreibfehler der augenfälligsten Art stillschweigends verbessert; endlich aber auf die Accentuation, bei der in den Handschriften absolute Willkür herrscht, durchgängig feste Regeln angewandt. Uebrigens kommt da, wo chiffirte Depeschen zu Grunde liegen, ein großer Theil der Schuld an der mangelhaften Form auf Rechnung der ungelenkten und eiligen Deciffirungen.

¹⁾ Dahin gehört auch Frédéric statt Federic, wie der König sich unterschrieb. Wider Willen ist die Schreibweise temps nicht consequent durchgeführt, und wechselt mehrfach mit tems. Auch ist nicht stets chaos für cahos und cahot gesetzt.

In Betreff der zahlreichen gemeinsamen Berichte, welche die Minister Finkenstein und Herzberg in der Unionsangelegenheit an Friedrich II. abstatteten, ist zu beachten, daß dieselben sämmtlich von Herzberg herrühren; Finkenstein revidirte sie nur und corrigirte hin und wieder Einzelnes hinein. Die zitternde Handschrift des Letztern ist oft wunderbar unleserlich, namentlich in seinen Briefen; dennoch ist es mit der Zeit gelungen, auch die schwierigsten seiner Hieroglyphen zu enträthseln. Die Hand, deren sich Friedrich II. in seinem Kabinet bei den nicht eigenhändigen Schriftstücken bediente, war in der Unionsache durchgängig die des Geh. Kabinetstathes Laspeyres. Besondere Register über die Akten und deren Stoff habe ich dadurch entbehrlich zu machen gesucht, daß ich gleich in dem Inhaltsverzeichnisse die sämmtlichen Documente, die ich theils ganz, theils im Auszuge aufgenommen, genau rubricirte. Die Nachrichten über die Bünde von 1785 und 1806 sind im Ganzen aus 35 Aktenbänden geschöpft.

Das Maas des vorhandenen Materials hat es mit sich gebracht, daß die Darstellung des Bundes von 1806 nur halb so viel Raum in Anspruch nimmt, wie der Bund von 1785. Ob es mir vergönnt sein wird, in rechter Zeit auch die Geschichte der neuesten Unionsbestrebungen in gleicher Behandlungsweise dieser Arbeit anzuschließen, muß ich für jetzt dahin gestellt sein lassen.

Und hiermit empfehle ich denn auch dieses Werk der Nachsicht und Theilnahme des Publikums.

Berlin den 8. November 1850.

Adolf Schmidt.

Einleitung.

1. Gliederung der preussisch-deutschen Unionsbestrebungen.

§. 1.

Die Bemühungen, Preußen mit dem übrigen Deutschland in ein engeres Unionsverhältniß zu bringen, begannen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Sie erreichten seitdem drei Höhepunkte ihrer Bethätigung: 1) in dem deutschen Fürstenbunde Friedrichs des Großen 1785; 2) in dem Project des Norddeutschen Reichsbundes 1806; 3) in dem Bündniß vom 26. Mai 1849. Der Charakter dieser drei Bildungen war nicht völlig ein und derselbe. Dem Fürstenbund lag zunächst die Idee des Gleichgewichts zu Grunde; dem nordischen Reichsbunde die Idee der Nationalität; dem Maibündniß die Idee der Volksvertretung, des parlamentarischen Bundesstaats. Damit sind indessen nur die hervorstechendsten Merkmale der einzelnen Epochen bezeichnet; denn das eigentliche Wesen dieser Gliederung bestand nicht in der bloßen Aufeinanderfolge der unterscheidenden Ideen, sondern in ihrer organischen Steigerung und progressiven Verschmelzung, dergestalt, daß die spätere Idee nicht etwa die früheren aufhob, sondern sie vielmehr nur in sich aufnahm. Der Fürstenbund beruhte daher allerdings lediglich auf dem Gleichgewichtsprincip; die nationale Färbung darin kam nur einem leisen Anhauch gleich, und von einem parlamentarisch=constitutionellen Bedürfniß zeigte sich weder Spur noch Ahnung. Das Project des Norddeutschen

Reichsbundes dagegen stellte die Nationalitätsidee unmittelbar in den Vordergrund, behielt aber zugleich die Antriebe der Gleichgewichtsidee bei, während in der beabsichtigten Begründung eines permanenten Regierungscongresses wenigstens nur ein sehr schwacher Anflug parlamentarischen Bedürfnisses zu Tage kam. Mit dem Maibündniß endlich trat das Princip der Volksvertretung, des parlamentarischen Bundesstaats an die Spitze der Unionsbestrebungen; zugleich aber nahm es wiederum auch die älteren Grundlagen sowohl der Gleichgewichtsidee, wie in noch höherem Grade der Nationalitätsidee in sich auf und in die neue Phase mit hinüber.

Der Fürstenbund hatte demnach nur einen Bildungstrieb, der nordische Reichsbund deren zwei, das Maibündniß drei.

2. Unionsantriebe zur Zeit Friedrichs des Großen.

§. 2.

Die Unionsbestrebungen des vorigen Jahrhunderts, als ausschließliche Producte der Gleichgewichtsidee, gingen aus der gemeinsamen Besorgniß Preußens und des übrigen Deutschlands vor der Uebermacht Oesterreichs hervor; aus der Befürchtung, daß es bei der Zersplitterung des deutschen Bodens und seiner Kräfte dieser Uebermacht gelingen könne, durch successive Erwerbung der Reichsländer auf dem Wege der Diplomatie oder des Zwanges Deutschland allmählig in einen Einheitsstaat umzuwandeln. Die Idee eines solchen erschien aber den Theoretikern und Politikern aller Staaten als ein völliger Umsturz des europäischen Gleichgewichts, und als der Weg zur Anbahnung einer Universalmonarchie, gegen die man ohne Unterlaß gerungen, und die in der That so wenig mit dem Fortschritt der Civilisation wie mit der Freiheit verträglich ist.

Allerdings hatte mit Joseph II. die österreichische Politik diese Richtung wiederum eingeschlagen. Allein es war doch nicht so sehr auf einen deutschen Einheitsstaat, als vielmehr nur an sich auf eine fortschreitende Erweiterung der österreichischen Hausmacht im Reiche abgesehen. Dieser Zug der österreichischen Politik lebte deshalb ab und zu immer wieder auf, weil er ihr eingeboren war

und daher nur mit dem Dasein Oesterreichs oder mit der physischen Unmöglichkeit einer Erweiterung nach deutscher Seite hin enden konnte. Denn der Antrieb dazu lag nicht etwa in einem bloß angewöhnten Ehrgeiz, oder in einer prinzipiosen Habsucht, sondern in dem Lebensinstinct und in der eigenthümlichen Beschaffenheit des österreichischen Staatengebildes, in der jener nicht die Bürgerschaft dauernder Befriedigung fand. Oesterreich bedurfte Deutschlands freilich nicht zu seiner Existenz, wenn es blieb was es war. Aber es barg in sich selbst das Gefühl des Zweifels an dem dauernden Bestande eines Staatencomplexes, der aus so verschiedenartigen und einander abstoßenden Theilen zusammengesetzt ist. Und dieser Zweifel drängte es, auf alle Fälle sich eine dauernde und möglichst ausgedehnte Existenz auf dem Boden zu sichern; aus dem es hervorgewachsen; für den Fall der Ablösung fremdartiger Glieder schon im Voraus einen Machterfolg in Deutschland zu suchen; denn es ist die Natur des Lebensinstinctes, nicht bloß das Dasein überhaupt fristen, sondern es auch in einem mindestens nicht geringeren Kraftumfange erhalten zu wollen, als es demalsten thatsächlich besitzt. Daher also das Trachten Oesterreichs, sich durch Erwerbung deutscher Reichsländer zu vergrößern; daher seit Joseph II. nicht nur die Weltendmachung unbegründeter Erbansprüche auf Baiern, sondern auch die Lust die fernen Niederlande zu deren dauerndem Besitz man eben mit Recht, wie die Erfahrung gelehrt hat, kein Vertrauen hegte, rechtzeitig gegen den sicheren Besitz des deutschen Nachbarlandes auszutauschen; daher endlich die zahlreichen und mannigfaltigen Eingriffe des Wiener Hofes in das deutsche Reichssystem, die ihrem letzten wenn auch fernen Ziele nach auf nichts Geringeres als die Umbildung Deutschlands zu einem Einheitsstaate gerichtet schienen.

Aber eben an diesem Streben Oesterreichs entwickelte sich das Bewußtsein der kleinen deutschen Staaten sowie Preußens. Auch in ihnen regte sich der Lebensinstinct und drängte mächtig zu positiven Schöpfungen, um ihren eigenen Bestand durch neue Bürgschaften dauernd sicher zu stellen. Immer deutlicher rang sich in Preußen und im übrigen Deutschland aus dem bloßen Gefühle die Ueberzeugung hervor, daß wenn eins von beiden in seiner Isolirung der Uebermacht Oesterreichs erliege, dann auch der an-

dere Theil seine Selbstständigkeit nicht auf die Länge würde bewahren können. Solche Ueberzeugung, solche gemeinsame Besorgniß war es, welche in Beiden gleichzeitig das Bedürfniß erweckte, sich durch ein engeres Aneinanderschließen mit der bisherigen Uebermacht der österreichischen Ländermasse in ein Gleichgewicht zu setzen. Und dieses deutsche Gleichgewicht sah man zugleich als die Grundbedingung des europäischen an.

3. Mißstimmungen gegen Oesterreich.

§. 3.

Fassen wir die besonderen Gründe der Mißstimmung und des Mißtrauens gegen Oesterreich, soweit sie den Unionsbestrebungen Nahrung gaben, in einen Ueberblick zusammen, so waren es namentlich folgende:

1) und vor allem jene Absicht der Vergrößerung der österreichischen Hausmacht durch Aneignung von Reichsländern, wie sie in Bezug auf Baiern mehrfach und noch neuerdings in den Anlässen zum bayerischen Erbfolgekriege sich rückhaltlos behätigt hatte, während sie in Bezug auf Württemberg mit dem geräuschlosen Anbahnen einer Reünirung in fernerer Zukunft sich begnügte. 2) die Absicht der Vergrößerung durch Säkularisationen. 3) die Eindrängung österreichischer Prinzen in deutsche Bisthümer, besonders durch Erwirkung von Anwartschaften auf die Nachfolge, durch Erwerbung von Coadjutorien; wie es denn noch neuerlich dem Kaiser ungeachtet der nachdrucksvollen Opposition Friedrichs des Großen gelungen war, die Wahl des Erzherzogs Maximilian zum Coadjutor bei den Hochstiftern Köln und Münster durchzusetzen. 4) die theils durchgeführte, theils intendirte Zergliederung von Bisthümern; ein Loos, das noch jüngst zum Vortheile Oesterreichs und zum Entsetzen der geistlichen Stände das Bisthum Passau ereilt hatte. 5) die Lähmung und gänzliche Hemmung der Thätigkeit des Reichstags, mittelst Anregung und endloser Fortspinnung präjudicieller Fragen, namentlich der minutiösen Streitigkeiten über das Stimmrecht der Westphälischen Grafen aus confessionellem Gesichtspunkte; wodurch denn den Ständen jede Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Einwirkung auf die Leitung der Reichs-

angelegenheiten benommen wurde. Und hieran knüpften sich 6) die eigenmächtigen Uebergriffe des Reichshofraths in Wien. 7) die von Oesterreich in seinem Interesse und zur Vermehrung seines Einflusses beabsichtigte Creitung neuer Churwürden und Fürstenthümer, insbesondere einer neunten Churwürde für Württemberg. 8) die Absicht der Veranstaltung einer Römischen Königswahl, um dem Hause Oesterreich das Regiment in Deutschland auch für die fernere Zukunft zu sichern. 9) die Anwendung des österreichischen Creditwesens und der kaiserlichen Debitcommissionen als Mittel, um die Reichsstände aus finanziellen Rücksichten von dem Wiener Hofe abhängig zu machen; was denn auch bei manchen derselben, und sogar wenigstens indirect selbst bei größeren wie Hessen-Darmstadt, wirklich gelang.

Diese und ähnliche Gründe oder Anlässe bedingten den Charakter der Gegenbestrebungen. Der leitende Gedanke derselben war und konnte kein anderer sein als der: Deutschland vor den Vergößerungsabsichten, vor den Ein- und Uebergriffen Oesterreichs sicher zu stellen; und der Endzweck, auf den sie insgesammt hinausliefen, war demnach: die Aufrechthaltung des bisherigen Reichssystems oder der Reichsverfassung, und damit den Einzelstaaten den Fortbestand ihrer Existenz, ihrer Besitzungen und Rechte, durch eine engere Union zu verbürgen.

4. Ursprünge des deutschen Fürstenbundes.

§. 4.

Das Bedürfnis eines solchen engeren Aneinanderschließens wurde aber keineswegs vorzugsweise in Preußen gefühlt. Vielmehr regte es sich gleicherweise wo nicht in noch höherem Maße, und gleichzeitig wo nicht noch früher, in den kleineren Staaten Deutschlands. Daher waren die Unionsbestrebungen des vorigen Jahrhunderts nicht etwa nur preussischen, sondern überhaupt deutschen Ursprungs, d. h. sie gingen nicht ausschließlich oder nur zunächst von Preußen aus, sondern auch und zwar vornehmlich von anderen Staaten und Fürsten; namentlich von Baden und von dem gegenwärtigen Regentenhause in Baiern. Das letztere ging dabei entschiedener als irgend ein anderes von der Ueberzeugung

aus: daß für Deutschland nur Heil sei in der engsten Union der sämtlichen mittleren und kleineren deutschen Staaten untereinander und mit Preußen.

Alles, was man bisher von der Entstehung und den Keimen des deutschen Fürstenbundes wußte, beschränkt sich auf die dürftigen und zum Theil sehr unbestimmten Andeutungen bei Herzberg und bei Dohm. Herzberg sagte darüber im Jahre 1789 in einer Note zu seinem Recueil 2, 364: Il sera bien à propos d'ajouter ici une petite histoire de l'origine de l'association ou Union Germanique. Après la première affaire de Bavière, la paix de Teschen et l'élection de Cologne et de Münster, le Comte de Hertzberg avait eu quelques fois l'occasion de s'entretenir avec le roi sur l'idée d'une association des Princes pour le maintien de la constitution Germanique, laquelle rappella au roi le souvenir de la ligue de Smalcalde. Le roi regnant aujourd'hui, comme prince royal, eut alors la même idée, consulta là dessus le Comte de Hertzberg, et s'y prépara avec plusieurs Princes de l'Empire.*) Dohm in seinen Denkwürdigkeiten 3, 62 erzählt: „Diese Betrachtungen leiteten mehrere patriotische deutsche Fürsten auf den gleichen Gedanken, den Friedrich gehabt hatte. Da ihnen letzteres unbekannt geblieben, wandten sie sich an den preussischen Thronfolger. Dieser gab sein Wort, wenn er zur Regierung gelange, der Vertheidiger deutscher Verfassung sein und deshalb mit patriotischen Reichsständen eine feste Verbindung schließen zu wollen. Herzberg, den der Prinz von Preußen um Rath fragte, leitete, dem Könige unbewußt, auch diese Unterhandlungen.“ Aber nicht nur sind diese und die folgenden Angaben Dohms ungenau, sondern sie beruhen auch nur auf bloßem Hörensagen. „Ich erinnere mich, seht er in einer Anmerkung hinzu, dieses von Herzberg gehört zu haben, und daß derselbe mir den Herzog von Zweibrücken, den Markgraf von Baden, den Herzog von Weimar und den Fürst von Anhalt-De Saui als die Fürsten nannte, welche diese guten Gedanken hat-

*) Vgl. den Précis de la carrière diplom. du C. de Hertzberg in meiner Zeitschrift f. Geschichtswissensch. Th. I. S. 22. f. und die daselbst angeführten noch dürftigeren Äußerungen.

ten. Auch ist mir dieses aus einer andern sehr glaubwürdigen Quelle versichert.“ Es leuchtet ein, daß Dohm gar keine aktensmäßige Kenntniß des Thatbestandes besaß, und daß ihm die Sachlage, der wahre Verlauf und Zusammenhang der Dinge völlig unbekannt war und blieb.

§. 5.

Unter diesen Umständen erhält die vielbesprochene Frage von dem Ursprung des deutschen Fürstenbundes durch die nachfolgenden urkundlichen Mittheilungen zum erstenmal eine zugleich erschöpfende und überraschende Aufklärung.

Die Thatfachen, wie sie sich aus den Akten herausstellen, sind hauptsächlich und in der Kürze folgende:

1) Schon im Jahre 1783 tauchten die Unionsprojecte auf, und schon mit dem Beginn des Jahres 1784 finden wir die Versuche zu ihrer Entwicklung im vollen Gange.

2) Friedrich der Große hegte die Idee des deutschen Fürstenbundes mindestens schon im Jahre 1783, und besprach dieselbe namentlich im Herbst des gedachten Jahres ausführlich sowohl mit seinem Staats- und Kabinetminister Grafen von Finkenstein, wie mit dessen Collegen dem Herrn von Herzberg (s. S. 18. S. 46); noch gegen Ende des Jahres 1783 besprach er sie ferner auch schon mit dem Herzog von Braunschweig (S. 8.), und im Januar 1784 neuerdings mit Herzberg (S. 9.).

3) Noch ehe Friedrich der Große, und zwar im März 1784, darauf drang, die Verwirklichung der Idee kraftvoll anzugreifen, ließ sich der Prinz von Preußen, der nachmalige König Friedrich Wilhelm II., seit dem Ende des Jahres 1783, sowohl mit Herzberg wie mit mehren deutschen Fürsten, in Discussionen und Correspondenzen darüber ein, und machte den Ersteren zu seinem vertrauten Rathgeber. Beide, der Prinz von Preußen und Herzberg, theilten sich alle Correspondenzen, die sie in Betreff des Unionsplanes führten und empfangen, gegenseitig mit. Mit ihnen standen namentlich der Herzog von Braunschweig und der Herzog von Pfalz-Zweibrücken deshalb in schriftlichem Verkehr. Der Erstere war bereit, in Betreff Hannovers den Vermittler zu bilden.

4) Seit derselben Zeit, seit den letzten Monaten des Jahres

1783 verhandelten auch mehrere deutsche Fürsten, namentlich Baden, Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Anhalt-Dessau und Braunschweig, unter sich über die Unionsidee, und machten dabei wiederum Herzberg zum Vertrauten. Diejenigen unter ihnen, welche zuerst und auf eigene Hand mit positiven Unionsentwürfen hervortraten, waren Baden und Pfalz-Zweibrücken. Auch diese selbstständigen Bestrebungen gingen sämmtlich darauf aus, entweder Preußen unmittelbar in die Verbindung hineinzuziehen und an die Spitze zu stellen, oder ihm das Protectorat derselben anzuvertrauen. Hin und wieder dachte man auch in Süddeutschland daran, außerdem noch die Garantie Frankreichs und selbst Rußlands zu erwirken. So groß und so einmüthig war das Mißtrauen gegen die Politik Oesterreichs, und die Besorgniß vor dessen Uebermacht.

Darauf lief namentlich der Badensche Unionsentwurf hinaus, der, von dem Badenschen Minister von Edelsheim verfaßt, mit dem Ende des Jahres 1783 austauchte. Er bezweckte Particular-Unionen der kleineren Fürsten unter sich, ebenso der Churfürsten untereinander, und wiederum eine Verbindung aller dieser Particular-Unionen zu einer weiteren Union; für diese nahm er dann die Garantie Preußens in Anspruch, indem er eventuell zugleich die von Frankreich und Rußland in Aussicht stellte. In Betreff der Creirung neuer Churwürden wurde die Absicht ausgesprochen, sie zu verhindern oder doch nur Mitglieder der Union dazu gelangen zu lassen (§. 6. Punkt 7). Ueber diesen Entwurf wurden Badenscher Seits Unterhandlungen gepflogen mit Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Dessau und Braunschweig. Der Fürst Franz von Anhalt-Dessau bildete dabei den Vermittler einerseits zwischen Baden und Braunschweig, andrerseits zwischen dem Herzog von Braunschweig und Herzberg (§. 8. §. 9.). Braunschweig rieth zu einer genaueren Prüfung des Entwurfes, zu einer detaillirteren Ausarbeitung einzelner Punkte, und zu Unterhandlungen mit den mächtigeren Churfürsten und Fürsten des Reichs.

Dem Pfalz-Zweibrückenschen Hause lag am meisten an dem Zustandekommen einer Union; es wollte umsichtig vorbereiten, allmählig anbahnen. Die Zweibrückenschen Bemühungen in die-

fer Richtung datiren ihren positiven Anfang mit dem Ende des August oder dem Beginn des September 1783 (S. 52.), und bewegten sich auch ihrerseits zunächst ganz unabhängig von Preußen. Doch schon bald darauf begab sich im Auftrage des Herzogs der Zweibrückensche Minister von Hofensfels an den Preussischen Hof. Diese Mission fällt in den October und November 1783. Hofensfels hielt sich theils in Berlin theils in Potsdam auf, pflog Unterredungen mit dem Könige, insbesondere aber mit dem Prinzen von Preußen und dem Minister von Herzberg, und verhandelte namentlich mit diesen über die Zukunft Deutschlands, sowie über ein Heirathproject zwischen Maximilian, dem Bruder des regierenden Herzogs von Zweibrücken, und einer preussischen Prinzessin. Er unterrichtete den Minister Herzberg von seinen bisherigen Schritten und fand überall mit der von ihm, wenn nicht zuerst doch mit erneutem und selbstständigem Nachdruck in Anregung gebrachten Conföderationsidee eine beifällige Aufnahme. So erscheint Zweibrücken in der That als ein Hauptanführer der Union; der Herzog blieb fortan darüber in Correspondenz mit dem Prinzen von Preußen, sowie Hofensfels mit Herzberg. Im Februar 1784 trat Zweibrücken, an den Badenschen Entwurf anknüpfend, mit einem neuen detaillirteren hervor, oder vielmehr mit einer Denkschrift über die bei Verfolgung des Planes einzuhaltenden Wege. Es wurden darüber neuerdings unmittelbare Verhandlungen zwischen Pfalz-Zweibrücken und Baden, sowie einigen anderen Fürsten gepflogen; erst im Juni gelangte die Denkschrift an das preussische Ministerium. Das Pfalz-Zweibrückensche Project erklärte sich entschieden gegen die Bildung von Particular-Unionen, wie sie der Badensche Entwurf wenigstens als erste Grundlage vorgeschlagen hatte. Vielmehr sollte die Union von vornherein als eine Gesamteinigung Deutschlands gegen Oesterreich „unter den Auspicien und dem Protectorate“ Preußens auftreten (S. 12.); alle deutschen Stände ohne Ausnahme müßten daran Theil nehmen (S. 15. §. 2.), Preußen „an der Spitze der Union“ stehen, der König die „wahrhafte Leitung“ der Angelegenheit übernehmen; jedoch dürfe vor der Hand nur der Erfolg vorbereitet, mit der Bildung selbst aber nicht eher vorgeschritten werden, als bis nach erfolgtem Uebergange der Regierung in Baiern an den Herzog

von Pfalz-Zweibrücken (§. 52.). Dieses Haus hielt eine solche, das ganze Deutschland umfassende Union für unentbehrlich, um Oesterreich die Spitze bieten und ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen zu können; es stellte dieselbe als ein Project dar, wodurch der gesammte politische Zustand von Deutschland, und damit von ganz Europa umgeändert werden sollte (§. 15. §. 6.).

5) Herzberg war mithin oder wurde, wie sich aus dem Obigen ergibt, der Mittelpunkt und gleichsam die Seele aller Unionsbestrebungen, wie er denn auch seinerseits allerdings in einem noch früheren Zeitmoment, als die bisherigen Daten ergeben, nämlich schon im Mai 1783 die Idee mit dem Fürsten von Anhalt-Desfau besprochen hatte (§. 9.). Die unter 3 und 4 bezeichneten Verhandlungen mußten daher, weil sie in ihm einen gemeinschaftlichen Berührungspunkt fanden, nothwendig vielfach in einander übergreifen; weshalb denn auch der Prinz von Preußen sowohl in die Badenschen wie in die Pfälzischen Pläne eingeweiht war. Vor dem Könige aber wie vor seinem Collegen, dem Grafen von Sindenstein, hielt Herzberg alle diese Verhandlungen lange Zeit hindurch geheim; soweit an ihnen der Prinz von Preußen theilhaftig war, blieben sie allem Anschein nach dem Könige stets, im Uebrigen oder ihren Resultaten nach mindestens bis zum 9. April 1784 unbekannt. Der Grund dieser Haltung Herzbergs lag in dem Unterschiede seines Charakters von dem des Königs. Die Politik Friedrichs des Großen war die des Selbstbewußtseins und der Willensstärke; die seinige die des Zweifels und Abwartens. Herzberg würde es zu viel wenigeren Thaten, mithin zu bei Weitem wenigeren Ruhme, und namentlich trotz all' seines Selbstlobes niemals zur Ausführung der Union gebracht haben, — hätte nicht Friedrich der Große als ein unablässiger und unnachgiebiger Dränger hinter ihm gestanden. Und daraus erklärt es sich auch vielleicht vorzüglich, daß er seit des Königs Tode, weil fortan des Stachels ledig, mehr und mehr in, freilich vielgeschästige, Thatenlosigkeit versank.

Herzberg hielt nämlich die Zeitläufe zur Ausführung der Union durchaus nicht für geeignet. Als die drei der Ausführung günstigsten Epochen, von denen man daher mindestens die eine oder die andere abwarten müsse, betrachtete er 1) den Ausbruch

eines Türkentriegeß, 2) den Tod des regierenden Churfürsten von Baiern, und 3) das Ableben Friedrichs des Großen selbst. Daß der Thronwechsel in Baiern abzuwarten sei, war auch die Ansicht Finkensteins, gleich wie des Herzogs von Zweibrücken und seines Ministers Hofensfels. Herzbergs Idee ging allerdings dahin, daß im rechten Augenblicke Preußen selbst den Anstoß geben, sich „an die Spitze setzen“, und durch die Einladung der unirten Fürsten „das Haupt eines solchen Bundes“ werden müsse (§. 9. S. 10.). Aber weil er diesen Augenblick noch nicht gekommen glaubte, so wollte er bis dahin nur „die Geister und die Materialien“ vorbereitet wissen. Diese Vorbereitungen müßten freilich geheim gehalten werden; sobald aber der Plan zur schließlichen Ausführung reif sei, könne das Bündniß selbst als ein „öffentliches“ auftreten (§. 10.).

Es sollte sich zeigen, daß der Minister kurzschätiger war als der Fürst. Denn trotz Herzberg trat die Union ins Leben, ohne daß es dazu eines Türkentriegeß, oder eines Thronwechsels in Baiern und in Preußen selbst bedurft hätte. Friedrich der Große wollte die Union; und das war genug. Am 7. und 10. März 1784 erklärte er seinen Ministern: die Ausführung derselben werde freilich nicht das Werk von vierzehn Tagen, sondern ein Werk von „anderthalb Jahren“ sein (§. 19. S. 23.); und in der That „anderthalb Jahre“ später, mit der Auswechselung der Ratifikationen am 21. August 1785, war die Union fertig.

6) Neben den bisher erwähnten auf ein und dasselbe allgemeine Ziel gerichteten Bestrebungen fehlte es aber auch nicht an solchen, welche mehr sonderbündlerischer Natur waren.

Einerseits nämlich bemühte sich Hessen=Cassel, einen eigenen Weg zu gehen und nach den Ideen des dortigen Ministers General von Schlieffen (s. Dohm 3, 54 ff.), im Stillen eine Union anzubahnen, von der Preußen nicht minder wie Oesterreich grundsätzlich ausgeschlossen sein sollte. Schlieffen ging von der Ansicht aus, daß für die kleineren Staaten Uebermacht und Vergrößerungslust fast nicht weniger von Preußen wie von Oesterreich her zu besorgen sei, und daß zwischen Beiden nur eine Union des übrigen Deutschlands die Wage zu halten vermöge. Unter seiner Vermittelung wurde schon im Jahre 1763 ein Versuch zur Verständigung mit dem Churfürsten von Pfalz=baiern und dem Her-

zog von Zweibrücken gemacht, der indessen resultatlos blieb. Schlieffens Ideen lebten aber mit ihm in Cassel fort, und überlebten selbst die Eindrücke des bayerischen Erbfolgekrieges, der, weil er Baiern rettete, dem preussischen Kabinet das Vertrauen der deutschen Staaten zuwandte. Nur insofern erlitten jene Ideen eine Modification, als fortan Hessen-Cassel unter Schlieffens Leitung, dem sich der Minister von Wittorf anschloß, darauf hinarbeitete, den Kern zu einer solchen Union vorerst in einer Tripleallianz zwischen Hannover, Cassel und Braunschweig herzustellen (§. 143.).

Andererseits trieb die steigende Besorgniß vor den Absichten und Uebergriffen Oesterreichs in die Rechte der Bisthümer die geistlichen Stände, die Stifter und Kapitel zur Vorkehr gemeinsamer Maßregeln. Je empfänglicher man in diesen Kreisen für das Mißtrauen gegen eine protestantische Macht wie Preußen war, desto natürlicher erschien ihnen die Idee, durch eine besondere geistliche Union, etwa unter dem Schutze Frankreichs, eine Stärkung in sich selbst zu suchen (§. 29. §. 31. §. 32).

Aber an keinem einzigen Punkte Deutschlands wußte und wagte man, die eigenen Pläne mit Nachdruck und Erfolg anzugreifen. Nur in dem Kabinette Friedrichs des Großen fand sich das Wissen und Wagen, die Energie und die Zuversicht des Erfolges. Alle jene besonderen und allgemeinen Versuche wurden daher von der Thatskraft Friedrichs schließlich angezogen und gänzlich absorbirt.

Wir schreiten nunmehr zur Darstellung der Unionsbestrebungen im Einzelnen und nach Maßgabe der Akten.

Der deutsche Fürstenbund.

1. Der erste Keim. Der Baden'sche Unionsentwurf von 1783. Gutachten des Herzogs von Braunschweig und des Ministers von Hertzberg. Der Prinz von Preussen eingeweiht.

§. 6.

Es war gegen Ende des Jahres 1783, als von Seiten Badens mehreren deutschen Fürsten zum erstenmal ein förmlicher und ausführlicher, von dem badenschen Minister von Edelsheim verfaßter Unionsentwurf zur Begutachtung vorgelegt wurde. Derselbe lautete also:

„Wenn ein deutscher Patriot durch die gegenwärtigen verschiedenen Gerüchte aufmerksam wird, dann hört was für Principia der Reichs-Hofrath bei allen Gelegenheiten aufstellt, die Berwirrungen und den Gang des Reichstags betrachtet, das große Mißtrauen erwägt das unter den Ständen des Reichs eingerissen ist und fast alle Connerionen unter ihnen aufgehoben hat, steht was mit Passau vorgeht, sich an das Schicksal Polens erinnert, und dabei die zahlreiche Kriegsmacht berechnet, die Deutschland auf allen Seiten umringt: so wird in ihm der warme Wunsch entstehen müssen, daß die Stände des deutschen Reichs doch einige Mittel ergreifen möchten, um das Vaterland vor seinem ganzen Umsturz zu bewahren, und die Reichs-Constitution zu erhalten, so wie sie ist.

Diese Absicht ist eine Pflicht, welche alle Reichsgesetze allen Ständen vorschreiben. Jeder Reichsstand, welcher diese Pflicht

gefeszmäßig zu erfüllen trachtet, ist dabei weniger Gefahr ausge-
 setzt, als wenn er sein Schicksal ruhig, schläfrig und ohnmächtig
 erwarten wollte. Denn sollte eine Macht in oder außer dem Reich
 die Bemühungen, das Reichs-System zu erhalten, übel finden, so
 würde daraus nothwendig folgen, daß diese vorhabe, das Reichs-
 System anzugreifen und zu zerrütten. Dieses Bekenntniß aber
 würde die Vertheidigungs-Anstalten nur um so nothwendiger
 machen und beweisen, daß man in Zeiten zu Hülfsmitteln greifen
 müsse, wenn man nicht das größte ständische Kleinod, die deutsche
 Freiheit und Unabhängigkeit hüßlos auf das Spiel setzen und
 verlieren wolle. Die wahre Macht Deutschlands liegt, und hat
 von je her in der gemeinen Verbindung der Fürsten des Reichs
 unter sich gelegen. Sobald sie einerlei Interesse mit standhaft
 deutschem Muth vertheidigt haben, so sind sie Allen, die sie an-
 gegriffen haben, furchtbar geworden. Man kann leicht darthun,
 daß das deutsche Reich eine Macht von 100,000 Mann nebst
 einer hinlänglichen Artillerie zu seiner Gegenwehr zusammenbringen
 und erhalten könne, wenn man auch die Chur-Brandenburgischen,
 Erzherzoglich-Oesterreichischen und Kaiserlich Russischen Reichs-
 Länder, welche heut zu Tag eigentlich Theile der großen Monar-
 chien ihrer Besitzer ausmachen, und einige mit diesen Monarchien
 zu genau verbundene Fürstenthümer, wie z. E. Cöln, Münster,
 der deutsche Orden, nicht mit in die Berechnung bringt. Zu der
 Aufstellung dieser Macht sowohl, als um mehrere heilsame Wünsche
 erfüllt zu sehen, ist eine Union, ein Concordat der Stände des
 Reichs nöthig, davon uns unsere Geschichte verschiedene Beispiele
 liefert, und die in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu errichten mög-
 lich ist, wenn solche die Erhaltung der deutschen Reichsfreiheit
 und des Reichs-Systems zur einzigen Absicht hat. Freilich
 sind die Stände des Reichs an Macht sich einander sehr ungleich
 und haben durch die Lage ihrer Länder ganz verschiedene Ver-
 fassungen, sowie sie auch in ganz verschiedenen Verhältnissen gegen
 einander stehen. Vielleicht würde daher die vorgeschlagene Union
 geschwinder können bewirkt werden, wenn solche jetzt gleich bloß
 unter den Fürsten des Reichs geschlossen würde, deren Jeder den
 ihm wohl gelegenen Theil der kleineren und minder mächtigen
 Stände an sich ziehen, sich mit solchen näher verbinden und mit

zu der größern Union bringen könnte. Die Fürstlichen Häuser Sachsen, Braunschweig und Hessen, dann die Krone Dänemark wegen Holstein, werden derselben vielen Nachdruck geben, und ihr Interesse sowohl als ihre bekannten patriotischen Gesinnungen werden erfordern, daß sie an dem Vorhaben anderer Patrioten eifrigen Antheil nehmen. Auch Schweden sollte wohl einen Antrag zum Beitritt wegen Pommern nicht verwerfen, wenn dieser Krone nicht durch ihre politischen Verhältnisse die Hände gebunden sind. Die Churfürsten könnten zugleich unter sich eine gleiche Association verabreden, und müßten mit solcher der Fürsten-Union beitreten; denn ohne diese Verbindung der Churfürstlichen und Fürstlichen Häuser wird es schwer fallen, mit Nachdruck sich jedem Störer des Friedens zu widersetzen. Da man von den Gesinnungen zu Dresden und Zweibrücken ganz zuverlässige Nachricht hat, da das Ministerium zu Hannover von dem englischen Staats-Interesse unabhängig ist, und alle Unionen im Reiche von je her begünstigt hat, da die jetzigen Gesinnungen und Absichten des Churfürsten von Mainz bekannt sind, so darf man nicht zweifeln, daß die wichtigsten Churhäuser bald zu gleichem Endzweck miteinander und mit der Fürsten-Union werden verbunden sein, sobald mit dieser der Anfang gemacht worden ist und dadurch die Principia festgesetzt sein werden, welche alle diese Unionen gleichförmig behaupten müßten.

Diese könnten in folgenden Artikeln bestehen:

1) ein vollkommenes Vertrauen in allen Land- und Reichs-Angelegenheiten unter sich zu erhalten, sich mit Rath und That beizustehen und besonders kein Votum auf dem Reichstag ablegen zu lassen, ohne solches vertraulich mit einander erwogen zu haben.

2) Den Reichstag mit vereinbarten Kräften so bald als möglich wieder in Activität zu bringen und seiner Trennung sich zu widersetzen.

3) Keinem, auch dem kleinsten weltlichen oder geistlichen Reichsstand etwas geschehen zu lassen, was dessen Vorrechten oder den Reichsgrundgesetzen zuwiderläuft.

4) Auf alle solche Contraventionen von selbst genau zu achten, und sie auf eine constitutionsmäßige Art an den Reichstag zu bringen.

5) Alle Mißhelligkeiten unter sich entweder gleich beizulegen oder solche ohne Störung des Vertrauens durch Austräge entscheiden zu lassen, oder zu verabreden wie lange ihre Entscheidung noch ausgesetzt werden soll; bei allen Streitigkeiten aber, welche die nicht verbundenen Fürsten oder Stände unter sich haben sollten, ihre bona officia zu der Vermittelung zu interponiren.

6) Wenn ein Reichsstand mit starken Schulden beladen wäre, den Ausbruch des Schuldenwesens so viel möglich ist zu vermitteln, besonders aber zu verhüten, daß die Gläubiger keine Kaiserliche Debit-Commission erhalten, sondern lieber durch einen der verbundenen Fürsten diese Schulden-Commission unentgeltlich zu übernehmen, auch zu erwägen, ob nicht durch Anlegung einer Credit-Kasse unter den Fürsten und Ständen dem Debit-Wesen derselben und vielen daraus entspringenden üblen Folgen vorgebogen werden könne.

7) Sich allen neuen Thur- und Fürstenthümern zu widersetzen, wenn der, welcher solche sucht, nicht ein Mitglied der Union ist und sich um solche nicht außerordentlich verdient gemacht hat.

8) Hierdurch und überhaupt bei allen Gelegenheiten die Anmaßungen des Reichs-Hofraths in Reichs- und Kreis-Sachen und seine Einmischung in die innere Verfassung der Stände unmöglich zu machen.

9) Keine Truppen in fremden Sold zu geben, es sei denn immediate zur Beschützung oder Vertheidigung des Vaterlandes.

10) Von dem Beitritt zu dieser Union keinen Stand im Reiche auszuschließen.

11) Sobald mehre wichtigere Stände der Union beigetreten sind, alsdann einen Plan zu entwerfen, wie man im Falle einer nöthigen Vertheidigung ein Corps d'armée zusammenbringen und erhalten solle.

12) Ein Depositum auf eine sichere Art zu errichten, zu welchem Jeder der Verbundenen jährlich eine bestimmte Summe Geldes legen würde, die auf jeden Fall zur Bewirkung der Hülfe sogleich in Bereitschaft stünde.

13) Dieser Verabredung alle Artikel anzuhängen, über welche man sich zu des Reichs Bestem vereinbaren würde.

Wenn diese Union eine gewisse Consistenz und Ansehen er-

halten hat, alsdann könnte solche einigen größern Mächten vorgelegt werden, um sie zu genehmigen und zu garantiren.

Jedes Mitglied der Union wird wohl überzeugt sein, daß man bei der jezigen Verfassung Europa's mit dem Königlich-Preussischen und Französischen Hof anfangen müsse; unmöglich scheint es nicht, die Kaiserlich-Russische Garantie ebenfalls zu erlangen, weil die Kaiserin voriges Jahr besondere Gesandten und dieses Jahr ohne öffentlichen Charakter den Herrn Baron von Kroc in das Reich gesandt hat, um allen Ständen zu versichern, daß sie bereit wäre, Jeden, der sich an sie wende, bei seinen Vorrechten kräftigst zu schützen.

Gleiches hat der Großfürst im Reiche österr versichert.

Der erste Anfang der Fürsten-Union ist gewiß der Zeitpunkt ihrer größten Schwäche. Ein glücklicher Zeitpunkt zu diesem Anfang ist der bevorstehende Ausbruch des Türkenkrieges, auf welchen die Aufmerksamkeit von ganz Europa gerichtet ist. Doch haben die patriotischen Fürsten, welche dieses heilsame Werk zu gründen den deutschen Muth haben, viele Vorsicht und Klugheit nöthig, theils um sich und ihre Länder nicht ohne wahren Nutzen für das Vaterland großen Unannehmlichkeiten auszusetzen, theils um sich nur solchen Ständen zu entdecken, welche ihre heilsame Absicht nicht mißdeuten und durch allerlei Machinationen vereiteln könnten. Ihr Zweck scheint nicht besser vollbracht werden zu können, als wenn Jeder übernimmt, einen gewissen Theil Deutschlands oder gewisse Höfe des deutschen Reichs, bei welchen er den mehrsten Einfluß hat, nach und nach von der Absicht der Union zu unterrichten und ihren Beitritt zu bewirken."

S. 7.

Die Badensche Denkschrift wurde unter andern, durch Vermittelung des Fürsten von Anhalt-Deßau, um Neujahr 1784 dem Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zur Prüfung zugestellt; der Herzog sah sich dadurch zu den nachstehenden gutachtlichen Bemerkungen veranlaßt:

„Die mir bekannt gemachten Gesinnungen einiger patriotisch denkenden Fürsten des Reichs, durch eine genauere Verbindung unter sich, die Bande, so sie bereits vereinigen, noch näher zu

verbinden, ist einer der ruhmwürdigsten Vorsätze, so jemalen hätten gefaßt werden können; jedes Mitglied des deutschen Reichs, welches die jetzige Lage von Deutschland nicht will unbeobachtet sein lassen, wird mit inniger Zufriedenheit die Hände bieten zur Ausführung eines Entwurfs, welcher nur allein der Zerrüttung der deutschen Reichsverfassung zuvorkommen kann. Allein so wünschenswerth diese Verbindung der Fürsten von je her gewesen, und so sehr die jetzigen Umstände dieselbe anrathen, eben so sehr wird die Sache an sich selbst mit äußerster Vorsicht zu betreiben sein, und ehe man gegen mehrere Fürsten des Reichs sich entdeckt, wird man genau zu erwägen haben, wie ihre inneren Gesinnungen beschaffen und in wie weit sie durch ihre Credit-Angelegenheiten vom Wiener Hof sich abhängig gemacht haben. In den Plan, sowie er in den hierbei zurückkommenden 13 Artikeln enthalten, sogleich hinein zu gehen, scheint gewagt, ohne vorher von den Gesinnungen Frankreichs und Preußens bei Entstehung eines Kriegs wider die Pforte unterrichtet zu sein; denn mit dem besten Willen würden diejenigen Fürsten, deren Länder an Frankreich grenzen, außer Stand sich gesetzt sehen, der Union beizutreten, wenn Frankreich nicht offenbar die Kaiserliche Parthei verlassen sollte. Man giebt daher anheim, ob vorerst es nicht rathsamer sei, nur ein genaues Verständniß unter einander zu verabreden und die Artikel 1. 2. 3. 4. 5. 8. 10. und 13., nachdem man sie nochmalen genauer geprüft, bei der vorsehenden Union zum Grunde zu legen, die Artikel 6. 7. 9. 11. und 12. hingegen vorerst noch nicht zu berühren, sondern bis zum Ausbruch eines Krieges, oder bis zu solchen Vorfällen im Reich ausgesetzt sein zu lassen, welche die Ausführung des ganzen Plans erforderlich und thunlich machen. Indessen könnte es in der Folge die Sache sehr erleichtern, wenn die Detaillen der vorerst ausgesetzten Artikel ausgearbeitet würden, jedoch mit der äußersten Verschwiegenheit, und ohne durch in die Augen fallende Vorbereitungen Anlaß zum Argwohn zu erregen. Auf diese Weise verbände man sich vorerst zu nichts mehr, als was man in allen Fällen zu erfüllen im Stande wäre, und gewönne die Zeit, mit den mächtigern Chur- und Fürsten des deutschen Reichs Versuche zu Unterhandlungen zu machen, in allen

Reichs-Angelegenheiten einmüthig zu verfahren, und einen festgesetzten und wohl überlegten Plan verfolgen zu können.

Die Ausarbeitung der noch ausgesetzten Artikel hängt sehr viel von der mehr oder wenigern Ausbreitung der Union ab, ob zum Exempel mächtigere Fürsten des Reichs daran Theil nehmen, oder nicht, und auf was für Art dieselben daran Theil nehmen wollen. Wie dann nicht unbemerkt bleiben mag, daß die Entwürfe, so auf das Debit-Wesen der unirten Fürsten abzielen, als auch alle die, so auf die Armirung derselben sich beziehen, lediglich von der mehr oder wenigern Zahl der Fürsten abhängen, so Theil an dieser Vereinigung nehmen werden. Es ist überflüssig, hier anzuführen, daß eine weise und ökonomische Einrichtung den Grund und die Vorbereitung zu allen Unternehmungen wird legen müssen, und daß ohne Anstrengung der äußersten Kräfte man nie zu dem Endzweck, die Erhaltung der deutschen Reichsverfassung, zu gelangen Hoffnung haben werde.“

§. 8.

Der Herzog von Braunschweig hatte diese Bemerkungen zunächst an den Fürsten von Anhalt-Dessau gerichtet; unterm 5. Januar 1784 theilte er sie aber auch dem preussischen Minister von Herzberg zugleich mit der Edelsheim'schen Denkschrift mit.

Das Begleitschreiben lautete:

Monsieur!

J'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence avec cette confiance qu'Elle m'inspire, la copie d'un mémoire dressé par Mr. d'Edelsheim, ministre du Margrave de Baden, concernant un rêve patriotique, qui a pour objet un plan d'union des Princes d'Allemagne. C'est le Prince de Dessau, qui dans une entrevue, que je viens d'avoir avec lui, m'a communiqué ce mémoire, et qui a voulu que je lui en dise mon opinion, après qu'il m'a assuré que les Ducs de Deuxponts, de Gotha, de Weimar et le Margrave de Bade étaient intentionnés de former une union pareille entr'eux. Quoique je sens combien peu il est de mon ressort, de m'ingérer dans de pareilles affaires, je n'ai pu me défendre de marquer mes sentimens sur ce projet au Prince de Dessau, et je prends la liberté de join-

dre également ici copie de ce que je viens de lui faire parvenir là-dessus. J'ignore si cette affaire est déjà assez avancée pour être mise sous les yeux du Roi; je pense que non, parcequ'au fond je considère cette affaire comme le rêve de l'abbé de St. Pierre, qu'il serait heureux de voir réaliser; je ne puis cependant Lui laisser ignorer, que le Roi m'a marqué il n'y a pas longtems, qu'il croyait que ce serait dans l'apropos de fomenter une ligue à l'exemple de celle de Schmalkalden. Votre E. dirigera mes pas à cet égard, comme en toute autre occasion; ce sera pour moi le moyen le plus sûr de ne jamais m'égarer. Quant à ce qui m'est personnel, Elle sent les ménagemens que j'ai à garder envers le Roi d'Angleterre, comme Electeur d'Hannovre, et j'attends à cet égard encore l'opinion de V. E., si selon les notions qu'Elle a plus que personne de l'ensemble des affaires, Elle trouve qu'il est dans l'apropos que je fasse des tentatives à Londres, par Mr. d'Alvensleben¹⁾. V. E. comblerait mes vœux, si Elle trouvait moyen d'informer Msgr. le Prince de Prusse de ma façon d'agir dans cette affaire; me rendre digne de Sa protection, est tout ce que je désire. J'attends la réponse, dont V. E. trouvera bon de m'honorer, par la voie du Prince de Dessau, comme la plus sûre dans une affaire aussi délicate pour moi. Rien n'égale la haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monsieur

De V. E.

à Bronsvic
ce 5 de Janvier 1784.

le très humble et très obéissant
ami et serviteur

Charles G. F.

§. 9.

Herzberg erwiderte am 14. Januar:

A. S. A. S. Msgr. le Duc de Bronsvic.

Monseigneur!

Je regarde à juste titre comme une marque bien flatteuse de la confiance précieuse, dont Votre A. S. m'honore, la grace

¹⁾ Alvensleben war der Minister der hannoverschen Angelegenheiten bei dem Könige von England in London.

qu'Elle m'a faite de me communiquer le projet d'une confédération secrète des Princes de l'Empire, et l'avis qu'Elle m'a donné là-dessus. Je trouve cet avis si lumineux et si conforme à mes propres idées, que je n'ai eu qu'à y souscrire; cependant j'ai pris la liberté de mettre mon opinion par écrit dans le mémoire ci-joint, et d'en faire une petite application à notre Cour. V. A. S. a bien raison de dire que c'est un rêve de l'abbé de St. Pierre; mais je crois pourtant, qu'il sera possible de l'exécuter dans les deux époques, dont j'ai fait mention, et encore dans une troisième¹⁾, et que ce ne sera que la Cour de Prusse, qui devra et qui pourra y donner le branle, en y mettant l'activité, la fermeté et la prudence nécessaire, et en choisissant le véritable moment, qu'elle doit mieux connaître qu'aucune autre par sa participation et par son influence dans les affaires générales.

V. A. S. peut être persuadée, que S. A. R. le Prince de Prusse approuve le plan en question. Je lui ai fait part des sentimens patriotiques et éclairés que V. A. S. m'en a ouverts. Elle en est très charmée, mais Elle souhaite, comme de raison, que Sa participation reste secrète et qu'il n'en transpire rien.

Comme V. A. S. daigne me confier, que le Roi Lui a marqué, qu'il serait à propos de fomentier une ligue à l'exemple de celle de Schmalkalden, je ne Lui cacherai pas, que S. M. m'a dit l'autre jour à table dans une petite société confidente: que nous devons nous trémousser pour faire une alliance dans l'Empire; sur quoi je lui fis à-peu-près les mêmes observations, que j'ai faites dans mon avis ci-joint.

Comme on voit donc, que le Roi a l'esprit rempli de cette idée, j'ai été plusieurs fois tenté de lui faire l'ouverture du plan, qui est sur le tapis, mais je crains d'un autre côté, qu'on ne veuille y mettre alors trop d'activité avant le temps, et que le secret n'en transpire trop tôt. Je cherche donc encore un moment favorable, dans lequel je pourrais présen-

¹⁾ Mit diesem dritten, weder hier noch in dem folgenden Gutachten bezeichneten Falle, meint H. unzweifelhaft den Tod Friedrichs des Großen.

ter au Roi ce projet dans une perspective éloignée et comme tenant proprement aux affaires de l'Empire.

Quant à la Cour de Londres et au Ministère d'Hannovre j'estime que Mr. d'Edelsheim se trompe, en supposant que le dernier a un système indépendant de la première, et je ne crois pas qu'on pourra si tôt et sans danger faire confiance à Mr. d'Alvensleben de ce plan de confédération, du moins pas avant qu'on voie, quel nouveau Ministère le Roi d'Angleterre aura formé. Jusqu' à présent il penche entièrement du côté de la Russie. Il ne témoigne pas la moindre confiance au Roi, et on a entièrement laissé tomber l'idée d'une certaine quadruple-alliance dans le Nord. D'un autre côté l'Empereur fait insinuer à tout moment au parti aristocratique d'Hollande, que la République ne pourrait rien faire de mieux que de renouveler les anciens liaisons avec les Cours de Vienne, de Petersbourg et de Londres; ce qu'il ne ferait pas sans se croire sûr de la dernière Cour. J'espère cependant, que quand il montrera trop ouvertement son despotisme dans l'Empire, comme il fera sûrement dèsque la guerre des Turcs ne l'occupera pas, qu'alors la Cour de Londres reviendra au bon système. Je reviens toujours à l'opinion, que le temps n'est pas encore venu de mettre la main à une grande confédération, qu'il faut attendre une des grandes époques, que j'ai fixées, qu'il faut alors brusquer la besogne, surtout de la part de notre Cour, et qu'en attendant on ne peut et ne doit que préparer les esprits et les matériaux. Un des moyens et préalables nécessaires, et qui peut servir en même temps à masquer notre dessein, c'est de rétablir l'activité de la diète de l'Empire, que la Cour de Vienne a trouvé moyen d'interrompre par cette petite affaire de la voix des Comtes de Westphalie. J'ai essayé jusqu'ici toutes les voies possibles pour concilier les esprits. Il nous est indifférent ici, que la réunion se fasse par la séparation des Comtes Catholiques et par une voix particulière à leur accorder, ou par l'alternation. Les Cours de Saxe et d'Hannovre sont absolument pour la dernière, et nous venons d'écrire à ces deux Ministères que le Roi y accéderait, si on pouvait par ce moyen concilier les deux

parties. Notre Mr. de Schwarzenau¹⁾ soutient toujours, que la plupart des Princes y sont contraires; cependant on ne peut pas réaliser cette séparation sans la concurrence des deux Electeurs de Saxe et d'Hannovre. Je ferai de nouveaux efforts pour réunir les Cours protestantes sur un point si essentiel à l'activité de la diète.

Selon les ordres de V. A. S. je Lui fais passer cette réponse par le canal du Msgr. le Duc d'Anhalt-Dessau, avec lequel je me suis entretenu de cet important objet au mois de Mai passé. Je me recommande à Sa haute bienveillance et j'ai l'honneur d'assurer, que je ne cesserai d'être avec un dévouement aussi respectueux qu'inviolable etc.

Berlin, le 14 Janvier 1784.

Hertzberg.

§. 10.

Das heiliegende deutsch abgefaßte Gutachten Herzbergs lautete:

„Gutachten über eine nähere Verbindung der Reichsfürsten.“²⁾

„Der Gedanke einer engern Verbindung der patriotischen Reichsfürsten bei den kritischen Umständen, worin sich ganz Europa und besonders Deutschland jetzt befindet, ist vortreflich, nothwendig und in der Ausführung möglich. Ich habe ihn schon längst gehabt und habe nur den von hier am ehesten zu übersehenden Zeitpunkt abwarten wollen, um selbigen den nach ihren Gesinnungen und Lagen dazu geneigten Fürsten vorzuschlagen, und dann sobald als möglich zur Wirklichkeit zu bringen. Ich kann auch

¹⁾ Schwarzenau war preussischer Gesandter am Reichstage zu Regensburg.

²⁾ Auch bei Beurtheilung dieses Gutachtens muß man davon ausgehen, daß der „Endzweck“ einer solchen Verbindung von allen Seiten in der Allianz gegen die zunehmenden Uebergrieffe des Wiener Hofes, gegen die gefürchtete Vergrößerungslust und Uebermacht Oesterreichs gesucht wurde, und daß man daher eben dieser Uebermacht halber von dem Endzweck nichts eher laut werden lassen wollte, als bis man durch die Verbindung selbst ihr an Kräften gewachsen wäre.

versichern, daß der hiesige Hof ganz dazu geneigt und entschlossen ist und, sobald es die Umstände mit sich bringen, sich an die Spitze setzen wird, da er wohl ohne Zweifel der einzige ist, der es ausführen kann und will. Der Entwurf von einer dergleichen Verbindung, welcher mir mitgetheilt worden, ist im Ganzen wohl ausgearbeitet und zweckdienlich; ich finde aber die Anmerkungen, welche ein großer und erleuchteter Fürst darüber gemacht, so wesentlich, daß ich denselben völlig beipflichte und wenig zuzusetzen weiß.

Einer der ersten Grundsätze muß natürlich sein, daß der Hauptplan ganz geheim gehalten und so angefangen werde, daß der Endzweck unverfänglich scheine und nicht bald die Aufmerksamkeit der Gegenseite erwecke, sonst solches bald, so wie ehemals die protestantische Union, eine Ligue dagegen hervorbringen würde. Solchem zufolge müßte die erste Vereinigung im größten Geheim, bloß zwischen einigen wenigen patriotischen Fürsten, die sich auf einander völlig verlassen könnten, geschlossen und von jedem nur ein vertrauter Rath dazu gebraucht werden. Zum Gegenstande einer solchen Vereinigung müßte man bloß solche Punkte nehmen welche kein Aufsehen noch Vorwürfe erwecken könnten, als die Artikel 1. 2. 3. 4. 5. 8. 10. 13. des Entwurfs, welcher überhaupt auf eine ganz unschuldige Weise einzurichten wäre. Vornehmlich müßte man zum Vorwande nehmen, daß man suchen wolle, dem Reichstage die Activität wieder zu geben; und hieran müssen auch alle cordate Reichsstände wirklich und im Ernst arbeiten, damit man einen Mittelpunkt habe, wo sie sich vereinigen und ihre so gegründeten Beschwerden sowohl, als die nöthige gemeinschaftliche Berathschlagung an und in Bewegung bringen können. Die Artikel 6. 7. 9. und 12. des Entwurfs würden gleich den Endzweck verrathen, müssen also nicht in die erste Vereinigung kommen, sondern allenfalls in eine noch geheimere Verbindung, oder in geheime und Separat-Artikel gefaßt werden; noch sicherer aber wäre es, daß die ersten Stifter der Vereinigung sich durch ihre vertrautesten Rätthe nur mündlich darüber verstehen, und indessen ein Jeder an seinem Orte gute Anstalten mache, seine Finanzen und sein Militär unmerklich auf einen festen Fuß zu setzen, einen Vorrath von Gelde und Fuß von Truppen zu sammeln, und denje-

nigen Bundesverwandten, die sich wegen Schulden in Verlegenheit befinden, nach Vermögen mit Geld oder Credit beizustehen. Die Errichtung einer fürstlichen Credit-Kasse wäre vortreflich; sie ist aber schwer zu hoffen.

Die solchergestalt verbundenen Fürsten könnten ein Jeder für sich suchen, seine Nachbarn vorsichtig zu sondiren, und die, welche sie echt und zuverlässig befinden, mit in das Geheimniß und hienächst in die Verbindung zu ziehen. Die Ausführung einer größern allgemeineren Verbindung aber, muß wohl zu gewissen wichtigen Epochen von ein oder anderm Ausbruch verschoben werden, als da sind: ein wirklicher Türkenkrieg, welcher sich vor jetzt mehr entfernt als nähert, besonders aber der Tod des Churfürsten von der Pfalz. Wenn dieser eintritt und der so wohlgesinnte Herzog von Zweibrücken als Churfürst von Pfalz und Baiern ein so wichtiger und mächtiger Fürst wird, und derselbe den Fürsten von Ober-Deutschland zum Rückhalt dienen kann: so glaube ich, kann und muß man alsdann nicht länger aufschieben, auf den Grund der ersten geheimen Vereinigung zwischen den Mitgliedern derselben und den Churfürsten von Sachsen und Pfalz ein stärkeres und den Umständen nach öffentliches Bündniß zu machen, dem alsdann alle andern gutgesinnten Reichsfürsten und Stände leichter und sicherer beitreten werden. Diese könnten alsdann den König von Preußen als Churfürsten von Brandenburg einladen, das Haupt eines solchen Bundes zu sein, welches er unter allen Umständen niemals versagen und hoffentlich auch Gelegenheit finden wird, andere große, auswärtige Mächte, welche mit ihm ein gleiches Interesse haben, hereinzuziehen.“

§. 11.

Bevor Herzberg seine Antwort und sein Gutachten an den Herzog von Braunschweig absandte, legte er beide zugleich mit der Edelshemschen Denkschrift, sowie dem Gutachten und dem Schreiben des Herzogs, dem Prinzen von Preußen noch unterm 14. Januar zur Kenntnißnahme vor; die Zuschrift an den Prinzen lautete:

Monseigneur! Je crois devoir présenter à V. A. R. la correspondance, que j'entretiens actuellement avec Msgr. le Duc de

Bronsvic sur la confédération secrète des Princes. Elle trouvera ci-joint

- 1) La lettre que Msgr. le Duc m'a écrite et qu'il m'a fait passer par le Prince d'Anhalt-Dessau, et celui-ci par Ms. de Wallenfels
- 2) Le projet de Ms. d'Edelsheim
- 3) L'avis du Duc de Bronsvic
- 4) mon avis et
- 5) ma réponse à ce Prince.

J'espère et je souhaite, que mon avis puisse trouver l'approbation de V. A. R. ainsi que ma réponse au Duc de Bronsvic, que je ne serai partir que dans une couple de jours.

Durch die Schlußworte hielt er sich die Gelegenheit offen, etwaige Einwände des Prinzen von Preußen noch vor der Absendung berücksichtigen zu können.

2. Das Pfälzische Unionsproject. Correspondenzen zwischen dem Herzog von Zweibrücken, dem Prinzen von Preußen und den Ministern von Hofenfels und Herzberg. Die Hofenfels'sche Denkschrift vom Februar 1784.

§. 12.

Inzwischen war der Pfalz-Zweibrücken'sche Minister von Hofenfels von seiner Sendung an den Berliner Hof, mit einem Schreiben des Prinzen von Preußen an den Herzog, nach Zweibrücken zurückgekehrt. Der Herzog und Hofenfels blieben seitdem mit dem Prinzen von Preußen, und Hofenfels überdies mit dem preussischen Ministerium, insbesondere mit Herzberg in fortgesetztem schriftlichen Verkehr.

Um die Zeit, da Herzberg sein Gutachten über das Edelsheim'sche Project absandte, erhielt der Prinz von Preußen ein Erwiderungsschreiben von dem Herzog von Zweibrücken, nebst einem Begleitschreiben des Ministers von Hofenfels. Das erstere, datirt Carlsberg den 9. Januar, lautete:

Monseigneur!

Pénétré autant qu'il est possible de la profonde vénération pour les éminentes qualités et vertus, qui ont déjà acquis à

V. A. R. le suffrage de l'Europe entière et la confiance absolue des Princes de l'Allemagne, je le suis encore davantage des preuves distinguées de bienveillance et d'affection, qu'Elle a bien voulu me manifester par la lettre remplie d'expressions flatteuses et les explications qu'Elle a ordonné au Baron de Hofenfels d'y ajouter. J'ose me flatter, Msgr., que Vous êtes convaincu, que la reconnaissance que j'en conserve, ne peut être surpassée que par le désir vrai et inaltérable de persister dans le bon système et d'exécuter les plans formés sous les auspices et la protection de V. A. R. avec autant de constance que de confiance. Il ne me fallut que les assurances du Roi et les Vôtres Msgr., je les considère comme des gages trop précieux et trop respectables, pour ne pas m'y fier avec une assurance complète.

Hofenfels m'a instruit des soins généreux de V. A. R. pour me secourir, et de l'intérêt vif et sincère qu'Elle a daigné prendre aux embarras de ma situation actuelle. Cette preuve de bonté est faite pour toucher toute ma sensibilité.

La part que Vous daignez prendre Msgr. à la position critique de mes états héréditaires, me rassure entièrement.

Réunissons nos coeurs, nos sentimens, nos intérêts, et les forces que la providence mettra un jour dans nos mains, pour faire face à la convoitise toujours croissante et à l'ambition dévorante de nos ennemis. Si elle fait dans ce moment naître des difficultés, nous en sortirons peut-être avec plus de gloire.

Recevez aussi, Msgr., mes respectueux remercimens de la haute approbation, dont Vous daignez honorer un certain projet¹⁾, qui doit resserrer plus étroitement les liens de nos deux maisons. On en formera le plan. Hofenfels sera chargé de le communiquer à V. A. R.; j'ose le Lui recommander infiniment. L'autre projet²⁾, traité par l'entremise de deux Commissaires respectables³⁾, mérite beaucoup d'attention, à

¹⁾ Das Heirathsproject zwischen seinem Bruder und einer preussischen Prinzessin.

²⁾ Das Unionsproject.

³⁾ Herzberg und Hofenfels.

raison du parti que l'on en peut tirer un jour. Mais il me paraît de nature, à ne pouvoir sans danger lui donner la moindre évidence, avant que nous ne puissions l'un et l'autre développer plus librement nos sentimens et facultés¹⁾. En attendant il me paraît très intéressant, si V. A. R. l'approuve, de continuer dans le plus grand secret sur les idées convenues entre M. le Baron de Hertzberg et Hofenfels, qui a déjà eu l'honneur de les expliquer à V. A. R.

J'ajoute que cette affaire a déjà fait depuis quelques progrès, dont Hofenfels aura soin de Lui faire part.

Il me reste encore une prière à Vous adresser Msgr., de ne point ajouter foi aux insinuations insidieuses, par lesquelles mes ennemis et leurs partisans tâchent sans cesse d'élever des nuages obscurs sur ma réputation. Je Vous invite, Msgr., de croire plutôt aux assurances bien sincères et fidèles, que mon ministre Vous a données, touchant l'administration future, l'état militaire et le système et les principes politiques, que j'ai mis pour base, pour rendre à ma maison son ancien lustre, offensé par le chef actuel, le despotisme et les intrigues de son puissant voisin. Agréez Msgr. les vœux que je forme pour Votre félicité et constant bonheur, qui ne peuvent Vous manquer, s'ils sont le partage d'un mérite supérieur. Ces sentimens sont inspirés par le respect sans bornes, avec lequel je suis etc.

§. 13.

Die vorgedachten beiden Briefe übersandte der Prinz von Preußen, auf Anlaß eines neuerdings bei ihm eingegangenen von Hofenfels an Herzberg gerichteten Schreibens, unterm 30. Januar an den Letzteren, mittelst folgender eigenhändiger Aufschrift:

Voici une lettre de Mr. de Hofenfels, qu'il Vous a envoyée sous l'adresse du Major de Bischofswerder. J'y ai joint ces deux incluses pour Vous faire voir les bons sentimens du Duc et l'effet que ma lettre a fait sur lui, et aussi la façon dont il envisage le projet que Vous savez, ainsi que

¹⁾ D. h. bevor beide, in Baiern und in Preußen, den Thron bestiegen.

L'alliance avec une Princesse de notre maison, ce que je désirerais ardemment.

Je Vous prie de me renvoyer les deux incluses après en avoir fait la lecture, et de me croire bien parfaitement

Monsieur

Votre très affectionné ami

Frédéric Guillaume

Pr. de Pr.

§. 14.

In Folge dieser Mittheilung schrieb Herzberg den 1. Februar 1784 an den Prinzen von Preußen zurück: Er freute sich, daß der Herzog von Zweibrücken in dem guten System befestigt sei, „parcequ'il y avait quelque sujet de craindre, qu'il ne se laisse ébranler par les manigances du parti contraire... Je ne crains à présent rien, aussi longtems que Mr. de Hofenfels est à la tête de ses affaires. L'alliance du frère du Duc avec une Princesse de notre maison ne manquera de resserrer nos liaisons... Quant au grand projet je suis bien aise de voir par la lettre du Duc, qu'il est aussi du sentiment, qu'il faut attendre un dénouement ultérieur des affaires générales ou du moins la mort de l'Electeur Palatin, pour y mettre une main active... Les motifs de ce délai et de cette circonspection deviennent encore plus pressans depuis que la perspective d'une guerre dans l'orient ne s'éloigne pas seulement, mais disparaît tout-à-fait.“ Zum Schluß fügte Herzberg hinzu: Votre affaire de Danzig¹⁾ est toujours dans les termes que V. A. R. connaît et que je fais aussi toujours mettre dans la gazette de Berlin, parceque je crois que c'est une bonne politique de cacher les affaires de l'état aussi peu que possible, et de faire toujours connaître au Public une marche juste et sage.

¹⁾ Vgl. Herzberg, recueil I. num. 16—27.

§. 15.

Pfalz-Zweibrücken war mit dem Badenschen Unionsproject, in einem ähnlichen Sinne wie Braunschweig, nicht ganz einverstanden. Herr von Hofenseld der Minister des Herzogs von Pfalz-Zweibrücken arbeitete, worauf der Herzog selbst in seinem Schreiben an den Prinzen von Preußen schon hingedeutet hatte, ein neues detaillirteres Project in Form einer Denkschrift aus, welche das Datum des 10. Februar 1784 trägt. Wir theilen dieses wichtige und interessante Altstück der ehemaligen Politik des Pfalz-Baierischen Hauses hier vollständig mit.

Memoire.

§. 1. Daß alle patriotisch denkende Churfürsten, Fürsten und Stände auf die Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs den ernstlichen Bedacht nehmen, ist löblich und billig.

Wenn auswärtige Mächte diese Constitution angreifen wollen, und Kaiser und Reich zusammen sich zu deren Erhaltung pflichtmäßig anschicken, so wird sich selbige in ihrer Grundlage eben so erhalten, wie sie sich nun seit 911, da das fränkisch-Karolingische deutsche Haus ausgestorben, erhalten hat. Wenn aber der Kaiser selbst den Ständen fürchterlich wird, so müssen die Mittel zur Selbsterhaltung mit der größten Vorsicht und Klugheit gewählt, und mit der größten Einigkeit, Standhaftigkeit und Nachdruck ohne Privat-Abichten und bloß nach patriotischen Gesinnungen, welche auf das Beste und die Erhaltung der Constitution im Ganzen abzwecken, ausgeführt werden.

§. 2. In dem angegebenen Falle steht der Kaiser mit seiner ganzen Macht auf der einen, und die Churfürsten, Fürsten und Stände ohne Unterschied der Religion auf der andern Seite.

Der allererste Gedanke führt also dahin, daß in solchem Fall auch alle Stände, keinen ausgenommen, zusammenstehen und nach einerlei Grundsätzen handeln. Wenn dieses zu bewirken ist, so geht man auf dem Wege, den die Constitution selbst vorschreibt, viel sicherer und kommt viel weiter als durch Gewalt. Sind aber die Stände getheilt, so daß einige auf eine dem freien National-

Charakter widerstrebende Art sich an den Kaiser hängen, und ihm ihre Rechte aufopfern, andere still sitzen und abwarten wollen, ob sie durch anderer Stände Verwendung frei bleiben können, oder ob sie ihren Nacken dem Joch des Unterdrückers darreichen müssen, und endlich nur einige, die noch altdeutsches Blut in sich fühlen, vor den Riß stehen wollen, so muß man den Weg der Constitution verlassen und der Gewalt eine angemessene Gewalt entgegensetzen können.

§. 3. Der natürlichste Weg solche zu erhalten, führt auf eine Vereinigung der Reichsstände unter sich und deren Unterstützung von den europäischen Höfen, die an Aufrechthaltung der deutschen Reichs-Verfassung und dem Gleichgewichte von Europa den stärksten Antheil nehmen. Alle Stände haben, jeder in seiner Maße, einerlei Endzweck der Selbsterhaltung und der Vertheidigung vor sich, und werden also auch vernünftiger Weise auf die schicklichsten Mittel verfallen; die Art aber, eine solche Vereinigung zu stiften, und ihr die zweckmäßige Unterstützung zu verschaffen, ist zwar sehr leicht zu entwerfen, dahingegen auszuführen sehr schwer. Je richtiger die Grundsätze sind, nach welchen gehandelt wird, und je mehr und reiflicher alle bei dem Anfang, Fortgang und der Ausführung eines dergleichen wichtigen Project's eintretende günstige und widrige Umstände und Schwierigkeiten überlegt und durchgedacht werden, desto mehr wird die Ausführung eines solchen Geschäfts erleichtert und beschleunigt.

Dieses ist nicht das Werk eines einzigen Menschen, es erfordert eine tiefe und praktische Kenntniß der deutschen Reichs-Verfassung, der Staats-Systeme des Wiener Hof's und jedes einzelnen Reichsstandes, deren letzteren Particular-Interesse sich mannigfaltig kreuzet, vorzüglich aber der jetzigen Lage der Europäischen Höfe und des wahrscheinlichen Antheils, welchen dieselbe an der Sache nehmen werden. Eine Zusammentretung erleuchteter patriotischer Fürsten unter Beistand instruirter rechtschaffener Minister würde diese hochwichtige Absicht am besten befördern können; weil aber gleichwohl jede Sache einen Anfang haben muß, so will man, weit entfernt von dem Gedanken, etwas Vollkommenes zu geben, nur Stoff zu weiterm Nachdenken liefern, diejenigen Grundsätze und Gedanken zusammentragen, welche bei Ausführung

in Vorwurf kommen möchten. Man wird einiger Schwierigkeiten Erwähnung thun, nicht in der Absicht, sie dem heilsamen Vorschlag an und für sich entgegen zu setzen, sondern dadurch Gelegenheit zu geben, die schädlichsten Mittel ausfindig zu machen, wodurch solche beseitigt werden können.

Wenn von einer Vereinigung der Reichsstände unter sich in Entgegensetzung wider den Kaiser oder vielmehr das Oesterreichische Haus die Rede ist, so versteht sich solches auf eine Verbindung aller Reichsstände inösesammt. Eine Particular-Union dürfte kein hinreichendes Mittel sein, der Kaiserlichen Macht eine gleiche entgegen zu stellen.

- a) wo soll die Armee hergenommen werden?
- b) wo ist das Geld, sie mit allen ihren Bedürfnissen aufzustellen?
- c) sie etliche Campagnen im wesentlichen Stand zu erhalten?
- d) wer soll sie commandiren?
- e) von wem soll der commandirende General seine Ordre holen?
- f) wer soll der Chef der Union sein, der im Namen derselben, ohne erst die Meinung seiner Anirten durch Courieriere einzuholen, aus dem Stegreif entscheiden darf?
- g) werden die Anirten auf immer einander getreu bleiben?
- h) wird nicht einer oder der andere suchen, den Sitz des Krieges und der Kriegsheere aus seinem Gebiete auszuhalten?
- i) wird man sich jemalen stark genug glauben, gegen den Kaiser in seinen Erblanden offensiv zu agiren?

Man setze diesem die Kaiserliche Verfassung nur in der größten Allgemeinheit entgegen:

- ad a) der Kaiser hat wirklich 240,000 Mann und kann sie etliche Jahre durch Aushebung der Recruten aus seinen weitläufigen Staaten vollzählig halten.
- ad b) die Kaiserliche Armee ist aufgestellt.
- ad c) die Fonds zum Kaiserl. Kriegstaat sind längstens gefunden.
- ad d) der Kaiser hat geschickte Generals.
- ad e) der Kaiser giebt seine Ordres.
- ad f) der Kaiser, wenn er Deutschland unterjochen will, macht

zuerst seinen Plan, combinirt solchen mit den Verhältnissen, in welchen er mit seinen mächtigen Alliirten steht, wählet hernach die Mittel, sucht solche durch die kürzesten Wege zur Wirklichkeit zu bringen, dirigirt die Ausführung selbst, bespricht sich wenn er will über die Ausführung mit seinen Generals und wird von ihnen ohne Widerspruch unterstützt.

- ad g) der Kaiser bleibt seinem Plane getreu, so lange er nicht durch äußere Gewalt davon abgehalten wird.
- ad h) wahrscheinlich wird er auch eine Armee in Baiern, Franken, Schwaben ic. schicken und, wenn er diese gleichsam nur en chemin faisant occupirt und die vorfindenden wenigen Truppen defarmirt hat, hernach einen Kreis nach dem andern wegzunehmen suchen.
- ad i) einen Einfall in seine Erblande, es müßte denn etwa in Böhmen sein, hat er nicht zu befürchten, besonders auch aus der ganz einfachen Ursache, daß er, sobald er von einer Particular-Union Nachricht bekommt, und Kriegs-Anstalten, die man doch nicht im Winkel machen kann, gewahr wird, gewißlich nicht warten, sondern die Unirten, einen nach dem andern, theils durch Gesandte und Drohungen oder Versprechungen, theils durch Exercirung des Reichsfißcals, theils durch offenbare Gewalt um so leichter rath-, muth- und kraftlos machen wird, als die meisten derselben (man darf es sich wahrhaftig in einer Lage, von welcher immerwährende Hoheit und Freiheit, oder immerwährende Eclaverei abhänget, nicht verhehlen) ich sage, die meisten derselben an einer solchen politischen und ökonomischen Entkräftung krank liegen, daß sie schlechterdings nachgeben müssen.

§. 4. Noch keine Particular-Union in Deutschland hat den Endzweck, den sie sich vorgesetzt hatte, ganz erreicht, und wenn man, um einigermaßen mit Ehren aus dem Streit zu kommen, fremde Mächte zu Hülfe gerufen, so ist doch am Ende Deutschland alle Zeit geschwächt, hingegen dessen Alliirten reicher geworden.

Der Schmalkaldische Bund wurde gleich im Anfange durch

die verschiedenen Meinungen der Bundesgenossen gestört. Landgraf Philipp wollte feurig darauf losgehen, Andere wollten pflanzen. Der Marggraf Albrecht zu Anspach ging seinen Gang vor sich. Württemberg hatte genug mit sich zu thun. Braunschweig war gegen die Sachsen. Der Churfürst Johann Friedrich und der Landgraf Philipp wurden gefangen, Churpfalz und Pfalz-Zweibrücken durften sich nicht rühren, Pfalzgraf Otto Heinrich zu Neuburg verlor Land und Leute; und hätte Kaiser Karl V. nicht von allen Seiten her, in Spanien, in den Niederlanden, in Italien, in Ungarn u. Ansechtungen und Niederlagen erlitten, so würde der Schmalkalbische Bund einen traurigen Ausgang genommen haben. Was hatten die Allirten am Ende? ruinirte Lande, allgemeine Armuth und — die Gewissensfreiheit. Die allirte Krone Frankreich aber bekam Metz, Toul und Verdun. Die Constitution blieb insoweit zwar, aber Deutschland war nun in zwei Religionstheile getheilt, wovon der katholische aus Religions-Eifer dem Kaiser anhing, und eine ewige, höchst verderbliche Eifersucht in dem Eingeweide Deutschlands gründete.

Die Union zu Schwäbisch-Hall war ebenso unglücklich. Gleich anfänglich zerfielen Churpfalz und Churfachsen wegen des Directoriums. Da Pfalz solches behauptete, ging Sachsen gar zurück. Da endlich der Krieg ausbrach, bekam der Marggraf Joachim Ernst ein Haupt-Commando. Er war aber kein Soldat, wurde geschlagen und seine Truppen zerstreut. Man rufte die Kronen Frankreich und Schweden zu Hülfe. Der Westphälische Friede besagt weitläufig, was vor deutsche Lande ihnen zur Entschädigung gegeben werden mußten.

Deutschland trug indessen 30 Jahre lang die Last des Krieges, wurde völlig ruinirt, entvölkert und so erbärmlich mitgenommen, daß man nun nach bald 140 Jahren noch immer an den Ruinen aufzuräumen hat. Was hatte es am Ende vor Vortheil davon? Die Versicherung der Religionsfreiheit, die gleichwohl nichts weniger als unpartheiisch behandelt wird, und die Zusicherung der Landeshoheit und davon abfließender Rechte, welche aber der Kaiser und die Reichsgerichte bei aller nur möglichen Gelegenheit einzuschränken suchen. Dergleichen traurige Vorgänge müssen behutsam machen, daß man sich nicht in eine Art von Conföderation

einlasse, von welcher man keinen sichern und zuverlässigen Ausgang sieht, bei welcher man noch erst die Considerirten behutsam auffuchen muß und keinen Augenblick sicher sein kann, daß dem Kaiserlichen Hofe nicht Nachricht von dem Vorhaben zukommen möge, schon ehe man noch eigentlich sagen kann, was man vor einen Endzweck damit verbinde, und was vor Mittel man im Falle Bedürfnis einzuschlagen gedenke.

§. 5. So gefährlich es ist, dermalen sogleich eine Particular-Union zu errichten, ebenso dringend und nothwendig scheint jedoch,

sich Mittel und Wege zu bahnen, demnächst zu einer zweckmäßigen Verbindung überhaupt zu gelangen. Der Anfang hierzu muß nothwendig durch eine vertrauliche Correspondenz geschehen, wodurch vorläufig ein freundschaftliches Einverständnis zu standhafter Vertheidigung der Freiheit des deutschen Vaterlandes auf den Fall etablirt wird, wenn der Kaiser sich einfallen lassen würde, die deutsche Constitution gegen die Vorschrift des Westphälischen Friedens und gegen seine Wahl-Capitulation über den Haufen zu werfen. — Aus einem solchen Einverständnis kann demnächst eine Defensiv-Union entstehen, welche, zu früh errichtet, ohnfehlbar in der Geburt erstickt werden und den patriotisch Unirten einem nach dem andern ganz unheilbaren Schaden thun würde.

§. 6. Projecte, wodurch der ganze politische Zustand von Deutschland, mithin auch von ganz Europa und in der Folge von allen Welttheilen, umgeändert werden solle, machen sich bekanntlich nicht durch einen Coup de main, sondern sie müssen von langer Hand vorbereitet und die sich denselben vorlegenden Hindernisse nach und nach aus dem Wege geschafft, und endlich erst bei einem günstigen Augenblick vollends durchgeführt werden.

Jeder große Hof hat seine politischen Absichten. So arbeitet Frankreich schon seit Jahrhunderten daran, die Grenzen seines Reichs bis an den Rhein auszudehnen. Der Plan ist einmal da und wird immer verfolgt. Einmal war er insoweit ausgeführt, daß Frankreich zwischen 1681 und 1697 alles, was zwischen Mosel, Rhein und Saar liegt, reunirt hatte, und dasjenige, was un-

terhalb Koblenz auf der linken Seite des Rheins liegt, einer weitern Réunion vorbehielt. Die Spanische Succession und der in Absicht auf dieselbe geschlossene Ryswicksche Friede machte die erste Réunion rückgängig, aber der Plan blieb deswegen doch. In Verfolg desselben hatte die französische Staatskunst Lothringen und einen großen Theil des Speiergau's, der niemalsen zum Elsaß gehört hat, bereits erhalten und dehnet sich *vi, clam et precario* immer weiter aus; es fällt aber nicht mit der Thür ins Haus, sondern wartet nur den Moment ab, da man einen Titre allegiren kann, der den verhaßten Namen Conquéant oder Usurpateur aushält.

Man sollte glauben, daß Frankreich nichts angenehmeres bezeugen könne, als wenn dasselbe zur Unzeit von einer noch erst im Entstehen seindenden Union um Rath und thätigen Beistand angegangen würde. Diese Krone würde mit Freuden in dem größten Geheim die Hände dazu bieten, um sich den Titel der Schadloshaltung zu erwerben und dadurch unter dem Schein die deutsche Freiheit zu beschützen, der Ausführung seines alten Plans sich immer mehr zu nähern. Damit ist dann auch der schlechterdings unwidersprechliche Satz verknüpft, daß in solchem Fall die ganze Union bloß von der Vorschrift des französischen Ministeriums abhängen, und man sich vor demselben noch weit mehr zu fürchten habe, als vor dem Kaiser allein. Wer nur einige Kenntniß der Geschichte, der französischen Denkungs-Art und deren subtilen Vergrößerungs-Plänen hat, nach welchen kein Reich in der Welt von deren Einfluß ausgenommen, der wird zu einem dergleichen Hazard mit gutem Gewissen nicht anrathen.

Polen, Schweden, Dänemark und beide Republiken Holland und Venedig werden sich wahrscheinlich bei ihrer Selbsterhaltung beschränken müssen. Der Römische Hof befindet sich in dem nämlichen Fall. England ist durch den letzten Frieden mit Frankreich und die Trennung der Amerikanischen Kolonien merklich gefallen und wird an den innern Gebrechen, die von der Natur seiner sonst vollkommen republikanischen Regierungs-Verfassung abhängen, mit sich wohl ein viertel Jahrhundert, wo nicht länger zu schaffen haben, bis es zu seiner vorigen Größe gelangt. Der Hof zu Turin hat seine eigene Politik, nach welcher er von jedem Um-

stand Gebrauch machen wird, sich selbst zu erhalten und im Kleinen bei jeder Gelegenheit zu vergrößern. Seitdem Rußland der Krone Schweden in Bezug auf die Garantie des Westph. Fr. die Schutze ausgetreten, ist wohl dieser und der französische Hof diejenigen, worauf vorzügliches Augenmerk gerichtet werden muß. Die Pläne, welche sie vor sich haben, lassen sich nicht besser, als durch die Geschichte von dem W. Fr. an bis auf den heutigen Tag ergründen. So lange die Bourbonische Alliance besteht, wird auch Spanien und Neapel mit Frankreich allerlei Interesse haben. Daß man von den Türken, welche sonst die Erbfeinde des deutschen Reichs waren, gar nichts mehr zu fürchten habe, zeigen die jetztmaligen Auftritte. Die patriotischen Grundsätze, welche der Königl. Preuß. Hof vorzüglich seit dem Teschner Frieden in Beschützung der deutschen Fürsten und deren Freiheit manifestirt, stellen den Mitständen eine angenehme Aussicht vor die Zukunft dar.

Es ist dermalen der Ort gar nicht, sich bei vorgedachter Höfe eigenen Erhaltungs-, Vertheidigungs- und Vergrößerungs-Plänen aufzuhalten, sondern das Haupt-Augenmerk nur auf den eigentlichen Gegenstand, nämlich den Oesterreichischen Hof zu richten. Der Plan, in Deutschland souverain zu werden, ist sehr alt. Man müßte die Geschichte von Kaiser Friedrich III. an ausschreiben, wenn man alle desfallsige Versuche anzeigen wollte. Dieselben wurden zwar bis hieher noch alle Zeit theils durch die Eifersucht der benachbarten Mächte, theils durch die eigene Unthätigkeit und schlechte Anstalten der Oesterreichischen Kaiser, ihres Ministeriums, und den andächtigen Einfluß des Römischen Hofes vereitelt. Allein das Project besteht noch, und wenn jemalen ein Kaiser gewesen, der solches mit Nachdruck angreifen kann, so ist es freilich der jetzige. Aber er hat noch keine andere Fürschritte dazu gethan, als daß er in seinen, einen Bestandtheil des deutschen Reichs ausmachenden Oesterreichischen Landen, eine unumschränkte Souveraineté im Geistlichen und Weltlichen einführt, und daß er sich in öffentlichen Reichsgeschäften, es sei auf dem Reichstag oder bei den Kreisen oder bei außerordentlichen Reichs-Deputationen, eine den Fürsten und Ständen ganz fremdliche Autorität herausnimmt, auch solche auf Kosten der Reichs-Constitution und Reichsgrundgesetze durchsetzt. Es ist dieses eine Wahrheit, die je-

der Staats-Minister ohnehin weiß. Wenn aber schon dieses solche seine Fürschritte sind, welche die deutsche Constitution unvermerkt untergraben und den Weg zur vereinstigen gänzlischen Unterjochung bahnen, so ist der Kaiser mit seinen Familien-Planen doch noch nicht so weit fertig, daß man in Deutschland dormalen schon einen indiscreten Ausbruch zu befürchten hätte, wenn man zumalen die Verhältnisse, in denen er mit seinen hohen Allirten stehet, wovon man hernach reden wird, vergleicht.

Mithin ist es auch im jeztmaligen Augenblick noch nicht Zeit, an eine förmliche Defensiv-Union zu gedenken, die von so gewisfern, schrecklichern Folgen sein müste, als der Kaiser noch keine Schritte gethan, denen man nicht in dem Wege der Constitution auf offenem Reichstage, mit Reichsständischer Freiheit zu denken und zu votiren, entgegen gehen könnte; mithin man ein außerordentliches Mittel, zu welchem man nur im Falle der äußersten Nothwendigkeit, und wann die allgemeine Furcht vor dem Verlust der Freiheit die Stände ihr Privat-Interesse vergessen macht und sie zu einem Endzweck vereinigt, berechtigt sein kann, vor der Hand zu wählen sich ¹⁾ genöthigt stehet.

§. 7. Man will noch einen Augenblick bei der Defensiv-Union stehen bleiben. Aus welchen Gliedern soll sie bestehen? Diese Frage kann nicht wohl mit Bestand beantwortet werden, ehe man eines jeden geistl. und weltl. Churfürstl. und Fürstl. Hofes Privat-Gefinnungen und Verhältnisse kennen gelernt hat. Viele werden die Gefahr nicht so nahe glauben, mithin einer Defensiv-Union die Hände nicht bieten. Viele werden allen guten Willen haben, ihre Haushaltung ist aber derangirt; Andere werden ohne die Höfe, deren Protection oder Freundschaft sie genießen, oder mit denen sie nahe verwandt sind, nichts thun wollen, sondern sich erst mit denselben, z. B. mit dem Kaiser selbst, mit Frankreich, mit Rußland, mit England, mit Preußen, vielleicht auch mit dem Pabst vertraulich benehmen. Andere werden ihr Privat-Interesse der gemeinen Sache vorziehen; Andere werden gar gleichgültig sein; Andere werden den Plan selbst dirigiren oder wenigstens an

¹⁾ hier fehlt wohl „nicht“.

der Direction Theil haben wollen, und dadurch schon die Sache in ihrer Entstehung so hindern, daß sie, wenn hernach wirklich Noth an den Mann gehet, sie nur desto beschwerlicher anzufangen oder auszuführen ist. Andere werden sich ein Verdienst daraus zu machen suchen, den Kaiser und auswärtige Höfe von Allem, was vorgeht, zu unterrichten; Andern wird die Person dessen, der den ersten Antrag thut, verdächtig oder gar zuwider sein; bei Andern werden persönliche Anstände gegen diesen oder jenen Unrten mit eintreten, die das Vertrauen hindern. Auch der Religions-Eifer wird nicht müßig sein, der bekanntlich eine so fruchtbare Mutter des Mißtrauens, der Zurückhaltung und menschlicher Leidenschaften ist, welche bei einem engen Defensiv-Band schlechterdings nicht Platz haben dürfen. Je mehr man alle diese Umstände überdenkt, je mehr wird man zu dem Urtheil gedrungen, es sei noch zur Zeit nicht möglich, eine Defensiv-Union zusammenzubringen; mithin auch nicht einmal räthlich, sie zu proponiren. Wer sich ein wenig Mühe giebt, die deutschen Höfe einzeln zu betrachten, der wird leicht solche finden, die man mit Zuversicht unter die gemachten Anmerkungen namentlich rangiren kann. Wenn dann nun sechs, auch zehn wohldenkende Fürsten zusammentreten, und sich von den andern insoweit absondern, was wird ihnen ihre gute Meinung helfen? Wird der Kaiserl. Hof ihre Verbindung, die unmöglich verschwiegen bleiben kann, nicht ein Complot, eine Reichsgesetzwidrige Anverberei nennen? Werden alsdann ihre in unzählige Meinungen und Privat-Abichten vertheilte Mißstände ihnen thätig beifallen und sie unterstützen? Wird nicht, um eben der mißlungenen Association willen, der Kaiser unter dem Vorwande, die gemeine Ruhe und Sicherheit in Deutschland zu befestigen, einen Schritt zur Ausbreitung seiner durch die W. Cap. eingeschränkten Majestäts-Rechte weiter zu thun, den erwünschten Anlaß finden? Alles dieses kann man, und man muß es nach der Klugheit vermeiden. Viel sicherer ist es, daß man einem von langer Hand her formirten alten Oesterreichischen Project, welches erst, wenn es zu seiner gänzlichen Reife gediehen, ausgeführt werden soll, ein anderes Project entgegensetzt, durch welches die Vertheidigungsmittel auch nach und nach vorbereitet und alsdann erst, wenn die Umstände dringender werden und ein Jeder im Ernst

auf seine Selbsterhaltung denkt, näher ausgeführt werden. Dahin führet der Weg der vertraulichen Correspondence und dergleichen Gefinnungen an dem Platz, da ein Jeder nach Maßstab der Constitution zum Besten des Vaterlandes frei votiren darf, das ist auf dem Reichs=Tag.

§. 8. Daß Gefahr vorhanden, ist richtig, und daher sehr nothwendig, daß die deutschen Fürsten sich dessen und auch der Wahrscheinlichkeit, wie nahe solche sei, überzeugen; daß aber ihre Lande wie Polen getheilt werden können, ist nicht möglich, so lange noch deutsches Blut in ihren Adern waltet. Selbst die Politik von Rußland, Frankreich und England kann es nicht zulassen. Wenn Rußland die Erweiterung der Oesterreichischen Macht gegen Osten begünstigt, um seine eigene Sicherheit gegen das Türkische Reich zu befestigen, so kann es doch in seiner Politik so weit nicht fallen, eine dergleichen Erweiterung gegen Deutschland zuzugeben; dahin gehet gewiß die Alliance zwischen Oesterreich und Rußland nicht; man darf nur die Absicht der Bestellung des Grafen von Romanzow und dessen an verschiedenen deutschen Höfen gethane Aeußerungen betrachten. Wenn der Kaiser über das, was er an türkischen dormaligen Provinzen bekommen mag, auch noch einen Zuwachs von etwa 12 Millionen Deutschen bekommen sollte, wer mag ihm alsdann widerstehen? und wessen Freundschaft hat er nöthig nachzusuchen? Rußland kann dieses nicht leiden. Der deutsche Nachbar wird in der Folge Rußland gefährlicher sein, als bishero der türkische. Die Bourbonische Alliance geht auf Beschüzung und Erhaltung beiderseitiger Länder und auf Begünstigung wechselseitiger Vortheile. Die kluge Politik des französischen Hofes kann nicht zulassen, daß Deutschland zu einer Monarchie umgeschaffen werde. Der Gedanke, Frankreich könne bei dieser Gelegenheit seine Grenzen bis an den Rhein erweitern, und sei alsdann unüberwindlich, hat viel Auffallendes; aber den Weg, den die Franzosen so oft über den Rhein hinüber gefunden haben, den können ja auch die Deutschen herüber finden, und in solchem Fall muß man sich keinen Philippöburger Reichskrieg, sondern die Armee eines deutschen Monarchen gedenken. Friedensschlüsse, Völkerrecht und dergleichen politische Vorsichts= und Vertheidigungsmittel fallen in solchen Fällen ohnehin weg; das Recht des

Monarchen besteht in seiner Macht. Wenn die unter einem deutschen Monarchen vereinigte deutsche Macht, von ungarischen, griechischen und italienischen Truppen unterstützt, stärker ist, als die französische, so muß Frankreich Gesetze von ihr annehmen. Wird Frankreich es jemalen so weit kommen lassen wollen? Kann das Haus Braunschweig, wenn schon die Lage des Churfürsten als Königs von England, die Freundschaft des Wiener Hofes erfordert, bei einer solchen Unternehmung still sitzen? England hat zwar dormalen genug mit sich selbst zu thun. Aber um sich zu widersetzen, braucht man nicht gleich den Degen zu ziehen. England hat auch seine Alliancen, und so unermuthet sich die von König Georg II. also genannte unnatürliche Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich gemacht hat, ebenso geschwind können sich zwischen Nationen, die sonst einander entgegenstehende Interessen haben, Alliancen machen, um einen gemeinschädlichen unnatürlichen Streich auszuführen; ohne zu gedenken, daß der Tod eines Haupt-Acteurs auf dem politischen Schauplatz, und die verschiedenen Gesinnungen seines Nachsolgers, eine schleunige Aenderung verschaffen, die Absichten des Kaiserlichen Hofes vereiteln und dem deutschen Reichs-System eine neue Stütze geben kann. Dermalen dürfte daher nichts interessanteres und räthlicher sein, als eine vertrauliche Correspondence unter den Ständen, die die Aufrechthaltung ihrer Freiheiten und der Constitution zum Gegenstand hat. Dieselbe ist der Reichsverfassung selbst gemäß und kann Niemand auffallend sein. Der Kaiser, wenn er als Kaiser capitulationsmäßig denkt, muß solche selbst billigen, ebenso gut, wie er den Churfürsten-Verein insbesondere billigen muß; eben um deswillen, weil sie auf die Erhaltung der Reichs-Constitution abzielen. Die Absicht einer solchen zu errichtenden vertraulichen Correspondence und die deswegen etwa zu treffende Uebereinkunft aber muß alle Zeit so gegriffen werden, daß man sie Kaiser und Reich und allen Mächten vorlegen kann. Die in deren Verfolg zu wechselnden Geheimen Schreiben können deswegen doch, wie tausend andere Staats- und Cabinets-Sachen, geheim bleiben. Ob sie aber auch, wenn sie einmal aus der Hand des Ministers sind, geheim bleiben werden, das ist eine andere

Frage, an deren Bejahung die Kenntniß des menschlichen Herzens hindert.

§. 9. Der Anfang müßte damit gemacht werden, daß man auf dem Reichstage, wenn derselbe nach begelegter Grafen-Sache wieder thätig wird, die Kaiserlichen Gesinnungen kennen lerne, und die Churfürsten und Fürsten durch patriotische Vota auf die Reichs-Constitution mit Bescheidenheit, gleichwohl standhaft, zurückführe und sie nach und nach gewöhne, nicht mehr, wie von Vielen bisher geschehen, blinde Nachbeter des Kaiserlichen Ministers zu sein, oder gar die Vota sich, ehe sie abgelegt werden, von demselben vorschreiben zu lassen, wie man Beispiele davon bei der Brandenburgischen Achts-Erklärung gehabt hat.

Es sind Gelegenheiten genug dazu da; die Einschränkung der Passauischen, der Salzburgischen, der Freisinger, vielleicht noch mehrerer Diöcesen; die vielen Recurse, unter denen sich freilich einige ungegründete, aber doch auch gewiß mehrere gegründete befinden; die von dem Reichs-Hofrath so sträflich verschiebende Abstellung der vor demselben in Verfolg der Kaiserlichen Resolution von 1769 eingeklagten Religions-Beschwerden, die Reassumir- und Beendigung der Kammergerichts-Bifitationen, der Revisionen und dergleichen.

Bei deren Verhandlung müßte man sich bearbeiten, einander begreiflich zu machen, wie höchst nachtheilig es der Constitution sei, wenn man in Reichs-Staats-Sachen der einzelnen Stände die Religion mit einmischen wollte, wenn nicht von derselben, sondern von der Erhaltung des Staats-Systems die Rede sei.

Die Protestanten müssen daher vor den Statum des Normal-Jahres zu Gunsten der von Oesterreich gedrängten Bisthümer ebenso freimüthig votiren, als die Katholischen vor die Justizpflege in denen beim R. = H. = R. eingeklagten Religions-Beschwerden. Denn die Constitution erfordert eins wie das andere. Die Stände ohne Unterschied der Religion müssen bei den einkommenden Recursen den Reichsgerichten Recht geben, wo sie Recht haben, und ihre Procecur verwerfen, wo sie zu verwerfen ist, ohne auf eine Insinuation abseitens des Kaisers zu sehen.

Nur etliche Male darf solches standhaft geschehen, so wird man klarer sehen. Dadurch erwachsen unter der Hand die Mittel

zur nähern Zusammensetzung, und man kommt durch den natürlichen Gang der Geschäfte dahin, wo man durch violente oder gefährliche Mittel gewiß nicht hinkommt. Die Gesandten aber müssen gut gewählt werden, damit man nicht Jemand bevollmächtige, dessen Haupt-Principal nicht eben so denkt und handelt, wie der Hof, der sich eines Gesandten als Geschäftsträgers bedient. Hernach muß der Gesandte selbst nicht imperios agiren, dadurch fällt sonst alles Vertrauen weg. Er muß auch die zu errichtende Correspondence gar nicht nennen. Denn so sehr ist das Mißtrauen beider Religionstheile auf dem Reichstage eingewurzelt, und durch die leidige Grafen-Streitigkeit vermehrt worden, daß, sobald man nur von einer vertraulichen Correspondence sichere Data gesammelt hat, sich augenblicklich eine Ligue dagegen formiren und Oesterreich à la tête haben wird.

Man formirt die Projecte in den Cabinetten; deren gute oder schlechte Ausführung hängt guten Theils von denen ab, die man damit chargirt. Wöchten doch die deutschen Fürsten alle in solcher Verfassung stehen, daß sie des Kaiserlichen Hofes und der Reichs-Gerichte gar entbehren und bei gegebener Gelegenheit ihnen frei in die Augen sehen könnten, so würde der Kaiserliche Hof wohl nicht so leicht darauf verfallen, aus denen durch die Wahl-Capitulation und die Reichsgesetze ihm vorgeschriebenen Schranken zu schreiten.

Geschrieben den 10. Februar 1784.

§. 16.

In der vorstehenden Fassung war die Denkschrift zunächst nur für das Cabinet des Herzogs von Zweibrücken bestimmt; die Form, in der sie dem Markgrafen von Baden und anderen Fürsten mitgetheilt wurde, wich von jener in einigen Punkten ab. Die bedeutungsamsten Aenderungen waren folgende:

In §. 4. wurde der Satz „und wenn man nur — reicher geworden“ weggelassen. Ebenso in §. 6. die Stelle „Jeder große Hof — nicht anrathen“. In §. 8. wurde hinter den Worten „Abern walle!“ der Zusatz eingeschaltet „Es setzt solches ohnehin entweder ein Einverständniß mit dem königlich-Preussischen Haus oder dessen gänzlichen Umsturz zu Grund; Ersteres ist offenbar

gegen dessen bekannte und wahrhafte Staatsgrundsätze, und daß Letzteres so leicht nicht sei als sich manche, die dessen innere Größe, Stärke und Macht nicht kennen, vorstellen, läßt sich am besten aus der Geschichte des siebenjährigen Krieges erläutern“. Ferner lautet der Text hinter den Worten „als bisher der türkische“ also: „Die Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich geht auf Beschützung und Erhaltung beiderseitiger Länder und auf Begünstigung wechselseitiger Vortheile, aber nicht auf die Vergrößerung des Erzhauses Oesterreich. Die kluge und durchdringende Politik des französischen Hofes kann nicht zulassen, daß Deutschland zu einer Monarchie umgeschaffen werde. Die Geschichte vom Westphälischen Frieden an bis jezo beweist, daß die deutschen Fürsten bei jeder Gelegenheit, da sie in Gefahr waren, durch das Haus Oesterreich unterjocht zu werden, an der Krone Frankreich den kräftigsten Beistand gefunden. Wem anders als der Politik dieses Hofes und dem Ehrgeiz Gustav Adolphs haben sie nächst ihrer eigenständigen Vertheidigung das edelste Kleinod ihrer Vorrechte, die Landeshoheit und Gewissensfreiheit zu verdanken? Ein und das andere ist ihnen durch den Westphälischen und Ryswicker Frieden garantirt und diese sind im vorangeführten Alliance-tractat d. 1756 zum Grund der Verbindung gelegt worden. Es ist daher diese Alliance ebenso fürchterlich nicht, als sich einige vorspiegeln mögen. Gegentheils, da der Westphälische Frieden zum Grund gelegt, geht sie directe auf die Aufrechthaltung der deutschen Reichs-Verfassung. Daß dieses der wahre Sinn und Auslegung sei, hat Frankreich noch kürzlich bei dem letzten Baiertischen Successions-Kriege und dem Teschner Frieden bewiesen. Eben daher ist auch der Gedanke, daß Frankreich, wenn es die Vertheilung nicht hindern könne, sich mit seiner Macht an den Rhein setzen möge und alsdann unüberwindlich sei, bei Weitem so auffallend nicht als einige irrig glauben mögen; denn der Weg, den die Franzosen so oft über den Rhein hinüber gefunden haben, den können ja auch die Deutschen herüber finden, und in solchem Fall muß man sich keinen Philippburger Reichskrieg, sondern die Armee eines deutschen Monarchen gedenken. Friedensschlüsse, Völkerrecht und dergleichen politische Vorichts- und Vertheidigungsmittel fallen in solchem Falle ohnehin weg. Das Recht des Monarchen stehet in

feiner Macht. Wenn die unter einem Monarchen vereinigte deutsche Macht, von ungarischen, griechischen und italienischen Truppen unterstützt, stärker ist als die französische, so muß Frankreich Ge-
sehe von ihr annehmen. Wird Frankreich es jemalen so weit kommen lassen wollen? Kann das Haus Braunschweig, wenn schon die Lage des Churfürsten als König von England die Freundschaft des Wiener Hofes erfordert, bei einer solchen Unternehmung stille sitzen? England hat zwar dermalen genug mit sich selbst zu thun. Aber um sich zu widersetzen braucht man nicht gleich den Degen zu ziehen. England hat auch seine Alliancen, und so unvermuthet sich die Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich gemacht hat, ebenso geschwind können sich zwischen Nationen, die sonst einander entgegenstehende Interessen haben, Alliancen machen, um einem gemeinschädlichen, unnatürlichen Streich aus-
zupariren.“

3. Friedrich der Große unbekannt mit den süddeutschen Plänen, ergreift im März 1784 die Initiative, setzt für das Zustandekommen der Union einen Termin von anderthalb Jahren. Vorurtheile und Widerstreben des Ministeriums. Der König will.

S. 17.

Friedrich der Große wußte von den süddeutschen Unionsentwürfen nichts. Herzberg hatte nur den Edelsheimischen Entwurf in Händen; von der eben mitgetheilten Hofenselschen Denkschrift hatte er noch keine unmittelbare Kenntniß, sondern wußte nur aus der Correspondenz mit Hofensels, daß zwischen Pfalz-Zweibrücken und Baden weitere Verhandlungen über das Project im Gange waren, und zwar in wiederholten persönlichen Zusammenkünften der Fürsten und ihrer Minister in Carlsberg und Zweibrücken¹⁾.

So lagen die Dinge, als im Anfang März Friedrich der Große selbstständig und entschlossen auf seine eigenen Unionsideen vom Herbst 1783 zurückkam. Nicht wenig trugen dazu die Berichte des Baron von Schwarzenau bei, des preußischen Gesandten am Reichstage in Regensburg. Seine Depeschen schilderten fort

¹⁾ Dieser Zusammenkünfte erwähnt Hofensels namentlich in den Briefen vom 23. Februar, 10. und 12. März.

und fort das gesetzwidrige Verhalten des Wiener Hofes in den deutschen Angelegenheiten, bezeichneten eine Reihe von Gegenständen, welche „zum reichsständischen Widerspruch geeignet“ seien, und zergliederten die Stimmung der Stände, insbesondere der geistlichen, ihre Klagen und Beschwerden, sowie die herrschende Besorgnis: Oesterreich werde danach trachten, sich „in Deutschland durch Einziehungen, Säkularisationen, Römische Königs- und Bischofswahlen, ja wohl gar durch Wiedereroberung abgetretener Länder zu entschädigen“. Dieses Inhalts waren namentlich die Depeschen vom 2. und vom 23. Februar 1784. Friedrich der Große war überzeugt, daß eine oppositionelle Stellung Preußens am Reichstage zur Sicherstellung seiner eigenen und der deutschen Reichsländer nicht hinreiche. Und so wandte er sich von neuem dem Unionsplane zu.

§. 18.

Am 6. März 1784 erließ er an seinen Staats- und Kabinettsminister Grafen von Zinckenstein zunächst mit Bezug auf die Schwarzenau'sche Depesche vom 23. Februar folgende Kabinettsordre:

En Vous adressant la copie de ma réponse à la dépêche du Comte de Goertz du 20. Février¹⁾, Je l'accompagne en même temps d'un bulletin, qui m'est entré, et du rapport déchiffré ci-joint du Baron de Schwarzenau. Le contenu de ce dernier Vous fera voir, que les desseins de la Cour de Vienne sont tels, que Je les ai toujours supposés. Nous trouvant donc de notre côté absolument dépouillés de tous alliés, il est de la dernière importance, de travailler de toutes nos forces pour trouver une espèce d'association dans l'Empire, comme la ligue d'autrefois de Smalcalden. C'est la seule ressource qui nous reste, parceque nous ne pouvons pas du tout compter sur la Russie. Bien loin de là, on peut prévoir au contraire, que si l'Impératrice reste en vie, que l'Empereur l'entraînera dans ses idées. Les couronnes du Nord, savoir le Danemarck et la Suède, qui tremblent devant la Russie, ne se remueront pas, et leur impuissance les met hors

¹⁾ Der Graf von Görz war preussischer Gesandter in Petersburg.

d'état de rien faire. L'Angleterre est épuisée par sa dernière guerre et si même elle s'en relève, elle ne voudra pas agir contre la Russie. La France vient de se démasquer clairement dans les conjonctures présentes, par les basses et lâches complaisances, qu'elle a eues pour l'Autriche, de sorte qu'il faut s'attendre, si dans les circonstances actuelles les Autrichiens et les Russes tramaient quelque chose contre nous, que tout-au-plus se porterait-elle à faire quelques fortes représentations, qui ne pourraient être d'aucun effet. En examinant ceci et en ajoutant mon âge, Je ne vois d'autre ressource que de faire une ligue dans l'Empire pour soutenir les droits et prérogatives des princes et leurs immunités. De cette façon on pourra espérer d'attirer des princes tant séculiers qu'ecclésiastiques dans cette association. Mais pour que cela ait tout l'effet possible, il faudra se préparer à donner des subsides à ces gens là dèsqu'on voudra les mettre en jeu. Je souhaiterais seulement de pouvoir rassembler une ligue pareille avant ma mort. C'est pourquoi il ne faut pas s'y prendre nonchalamment, mais leur faire voir et tâcher de les convaincre, que c'est leur propre intérêt qui l'exige. Si nous restons les bras croisés, personne ne prendra cela sur soi. Mettez donc le fer au feu le plutôt possible, et souvenez Vous, que Je Vous ai déjà parlé sur tout ceci l'automne passé. Voilà le Baron de Schwartzenau, qu'on peut employer à cela. Outre lui, Vous en trouverez sûrement beaucoup d'autres. Mais il ne faut plus négliger, de mettre la chose en train. D'eux mêmes ces gens ne le feront pas, parcequ'ils n'y sont pas autorisés. Sur ce Je prie Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde à Potsdam le 6. Mars 1784.

Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte
de Finckenstein.

§. 19.

Schon am Tage darauf, auf Grund eines Ministerialberichts vom 6. über einen ganz entfernt liegenden Gegenstand, über den schwedisch-amerikanischen Handelsvertrag, nahm der König Anlaß,

um auf die Nothwendigkeit der deutschen Union zurückzukommen und zu ihrer Ausführung anzutreiben.

Je Vous remercie — sagte er in der Cabinetsordre vom 7. März an den Grafen von Finkenstein — Je Vous remercie du Traité de Commerce conclu entre la Cour de Suède et les États unis de l'Amérique, que Vous avez la bonté de m'envoyer à la suite de Votre lettre du 6. Je verrai si l'on en pourra tirer parti; mais il me semble que nous serons obligés de prendre d'autres fondemens. Il y est parlé de guerre de Mer, et de Salut. Comme nous n'avons ni vaisseaux ni marine de guerre, nous n'aurons pas besoin de toutes ces choses là.

J'avoue moi-même, que le projet des Hollandais, de renverser, l'élection de l'Archi-Duc Maximilien aux sièges de Cologne et de Münster, me paraît imaginé un peu tard, et Je doute qu'on y puisse réussir. Mais il y a une autre chose qui est très fort à notre disposition, et dont nous pouvons faire usage. C'est de faire sonder par tous ces ministres et agens, que nous avons dans l'Empire, les petites Cours d'Allemagne, et de les tâter sur ce qu'elles pensent à l'égard d'une association à contracter, s'entend le Landgrave de Hesse, les Evêques de Bamberg, Wurtzbourg et Fulde, les Electeurs de Trèves et de Mayence, par Groschlag¹⁾, et même de faire goûter si l'on peut cette idée aux Hanovriens, qui réellement s'y trouvent autant intéressés que les autres. En les tâtant tous, on saura au moins ce qu'ils pensent là dessus, et si l'on doit concevoir quelque espoir d'y réussir ou non; et l'on se trouvera par là même en état de renforcer cette négociation si l'on veut. Ne croyez pas que ce soit une affaire de quinze jours, de mettre tant de têtes sous un chapeau. Comme cela demande du temps, Vous pouvez toujours avancer tout doucement une négociation comme celle là, pour savoir à temps qui sont ceux sur lesquels on pourra compter, et qui sont ceux sur lesquels on ne le pourra pas, afinque, quand les circonstances requerront que cette alliance soit conclue, on y soit tout préparé. Je Vous prie, de ne pas oublier cette

¹⁾ C. unten §. 22.

chose là, qui me paraît la seule ressource qui nous reste, pour n'être pas dépourvus de toutes sortes d'alliances. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam le 7. Mars 1784.

Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte
de Finckenstein.

Eigenhändig schrieb der König noch darunter:

Il est temps qu'on pressente les esprits, pour savoir sur quoi nous pourrions compter; ce n'est pas une bagatelle, et dans les circonstances présentes cette affaire doit être menée et traitée avec la plus grande application.

Frédéric.

§. 20.

Auf die Cabinetsordre vom 6. erwiederte Finckenstein unterm 7. März, noch ehe ihm die desselben Datumß zugegangen war:

J'ai reçu avec la soumission la plus respectueuse l'ordre que Votre Majesté a daigné m'adresser hier ainsique toutes les pièces qui y étaient alleguées.

Une association dans l'Empire telle que Votre Majesté la désire, serait sans contredit ce qu'il y aurait de plus avantageux et de plus convenable à Ses intérêts, et nous ne négligeons rien pour y disposer les Etats de l'Empire, en relevant toutes les infractions que l'Empereur fait à leurs prérogatives, en assistant ceux qu'il veut opprimer, dès qu'on le peut faire sans compromettre V. M., et en leur faisant sentir dans toutes les occasions, ce qu'ils ont à craindre du despotisme de la maison d'Autriche. C'est la tâche continuelle du Sr. de Schwartzenu, et notre correspondance avec le Baron de Hofensfels ne roule presque que sur cette matière. Mais tout ce qu'on peut faire jusqu'à présent, c'est de préparer les matériaux, car ainsi que j'ai déjà pris la liberté de le marquer à V. M., il sera difficile pour ne pas dire impossible, d'en venir à une confédération effective avant la mort de l'Electeur Palatin. La raison en est, que pour engager les petits princes et mêmes les Etats mitoyens de l'Empire dans une ligue

pareille, il faut nécessairement que quelques uns des plus grands et des plus puissants leur en aient déjà donné l'exemple. Entre ceux-ci il n'y a que la Bavière, lorsque le Duc de Deux-ponts sera devenu Electeur, et la Saxe, dont on puisse se promettre qu'ils voudront y entrer. Il n'y a rien à faire dans le moment présent avec l'Electorat d'Hanovre, qui, malgré les sentimens particuliers des ministres, suivra toujours le système de l'Angleterre, dont l'alliance ne saurait convenir à V. M. dans la situation, où Elle se trouve aujourd'hui; et la Saxe ne voudra jamais être la seule et la première à contracter un engagement de cette nature. V. M. peut cependant être persuadée, que nous ferons tout ce qui sera en notre pouvoir pour remplir Ses ordres et Ses intentions, et pour acheminer une mesure, dont je sens parfaitement la nécessité et les avantages.

Berlin le 7. Mars 1784.

Finckenstein.

§. 21.

Friedrich wartete die Antwort auf die Ordre vom 7. nicht ab, sondern schrieb sofort den 8. März an Finckenstein zurück:

Je connais la plupart de nos gens dans l'Empire. Ce qui leur manque, c'est l'adresse en ces sortes de choses, dont il est question dans Votre lettre du 7. Ils doivent jeter simplement des propos en avant, comme des espèces de badineries, et entendre ce qu'on dira là-dessus; ensuite s'avancer peu-à-peu envers ceux, où ils trouveront des inclinations pour entrer là dedans. J'avoue que pour la Cour d'Hanovre il y a des inductions pour et contre, et qu'on ne pourra guères prévoir le tour à prendre avec elle, avant que le ministère Britannique ne soit décidé et réglé. Mais cela ne doit pas empêcher de préluder toujours dans les autres Cours, en Hesse, Würtzbourg et ailleurs. Il ne faut pas mettre hors de vue non plus la Saxe, que nous avons aussi, et certainement il faut de l'activité à présent, car c'est le moment. Vous voyez Vous-même, que l'Impératrice de Russie ne tient qu'à un filet, et que par quelques agaceries, par quelques faux rapports qui lui seraient faits, l'Empereur parviendrait facilement à la

tourner contre nous, comme cela eut lieu antrefois du tems de l'Impératrice Elisabeth. C'est ce cas là où il faut penser, parceque si pareille chose arrivait, nous serions sans alliés, et nous ne pouvons trouver d'autre ressource, que par des liaisons à former de cette espèce. Je sais bien, que ce serait un grand avantage pour nous, que l'Electeur Palatin fût au diable; mais il est encore dans ce monde, et comme dit le proverbe, mauvaise herbe ne périt pas; il est à croire qu'il durera plus longtems que maintes autres honnêtes gens, qui meurent tous les jours, et qu'il faut regretter. Je Vous avoue que Je crois encore, que celui de Deuxponts, parvenant à la régence, restera toujours assujetti à la prépondérance de la Cour de France, qui aime la domination et qui tâche tant qu'elle peut de mettre ses alliés au niveau de ses esclaves. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam

le 8. de Mars 1784.

Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte
de Finckenstein.

Eigenhändig fügte er die Nachschrift hinzu: Il ne faut point traiter cette ligue en bagatelle; car si nous laissons travailler nos ennemis en restant les bras croisés, nous sommes perdus.

Frédéric.

§. 22.

Finckenstein zeigte sich nunmehr bereitwilliger; am 9. März schrieb er an den König:

Conformément aux ordres de V. M. du 7. et du 8. de ce mois, je me suis déjà concerté avec le ministre d'état de Hertzberg, sur la manière la plus convenable de les remplir, et de sonder les Etats bien intentionnés de l'Empire sur le projet d'une association pour le maintien de leurs prérogatives. Bien loin de traiter cette affaire en bagatelle, V. M. peut être persuadée que nous en sentons toute l'utilité, et que ce ne sont que les difficultés du moment présent, qui nous font craindre que cet

essai n'ait pas le succès qu'il en croit probable, dans les circonstances que j'ai pris la liberté de Lui détailler; ce qui n'empêchera pas, que nous ne fassions tout ce qu'Elle a daigné me prescrire à cet égard.

Quant au B. de Groschlag, dont V. M. fait mention dans le premier des susdits ordres, Elle me permettra de soumettre à son jugement une seule considération; c'est qu'avec les connaissances et les talens les plus propres à être employé dans une affaire de cette matière, il est cependant ministre de France, et n'osera ni ne voudra par conséquent y intervenir sans l'agrément de sa Cour, ce qui me paraît sujet à de très grands inconvéniens, vu la singulière façon de penser de cette Puissance, et ses ménagemens outrés pour la Cour de Vienne, qui moyennant cela pourra facilement avoir connaissance d'une négociation, que le secret seul peut faire réussir.

Je prends au reste la liberté de joindre à ce très humble rapport un extrait des nouvelles de Saxe, que le C. de Zinzenorf¹⁾ vient de me communiquer.

Berlin le 9. Mars 1784.

Finckenstein.

§. 23.

Noch einmal fand sich der König bewogen, umgehend die Bedeutung der Sache hervorzuheben. Er schrieb von Potsdam aus unterm 10. März an Finckenstein:

A l'égard de la négociation dont Je Vous ai parlé, Je la regarde comme très importante. Ce sera peut-être l'affaire d'un an et demi, ou de deux ans, pour parvenir au but. Mais plus tard nous la commencerons, et plus tard elle s'achèvera. Si en attendant nous trouvons des alliances plus avantageuses, tant mieux; si nous n'en trouvons point, cette association des Etats de l'Empire, quoiqu'elle soit à notre charge, vaudra toujours mieux que rien.

¹⁾ Sursächsischer Gesandter in Berlin.

4. Das Ministerium gehorsam wider Willen. Lauheit und Halbheit der Maßregeln. Sögernde Eröffnungen an die Höfe von Zweibrücken, Saireuth, Dresden und Hannover; eiliges Bemühen, deren Wirkungen zu entkräften.

§. 24.

Finkenstein und Herzberg sahen sich trotz ihres Widerstrebens genöthigt, einige Anstalten zu treffen, um dem Willen des Königs wenigstens einigermaßen zu entsprechen. Schon am 9. März erließen sie ein Ministerialschreiben an den Baron von Hofenfels in Zweibrücken, des Inhalts:

Monsier!

Comme nous n'avons pas eu de lettre de Votre part depuis le 19. de Février, nous ne voulons pas différer plus longtemps de Vous dire, que les bruits se multiplient non seulement, mais se vérifient encore davantage, que l'Impératrice de Russie ayant conclu sa paix avec les Turcs le 8. de Janvier, l'Empereur a renoncé pour le moment au dessein de s'agrandir de ce côté-là, mais croyant s'être entièrement assuré de la Cour de Russie, il veut en profiter à présent pour exécuter sous les auspices de cette puissance ses grands desseins en Allemagne, tel que l'élection d'un Roi des Romains, le démembrement d'Evêchés, la multiplication des Coadjutories dans sa maison, et peut-être encore d'autres projets plus vastes. Vous êtes, Monsieur, au milieu de l'Empire et plus à portée que nous, d'éclairer les machinations, qui se font aux Cours des Princes; Vous êtes par là aussi plus en état de sonder leurs dispositions. Nous Vous prions donc instamment et même par ordre du Roi, de redoubler Votre attention sur tous ces différens et importans objets et de tâcher surtout d'approfondir, quelles sont les dispositions de chaque Prince soit séculier, soit ecclésiastique, et sur lesquels on pourrait compter, si on voulait travailler à quelque ligue, qu'on puisse opposer au torrent et à ce cahos de projets aussi ambitieux que dangereux de la Cour de Vienne, et quels moyens on pourrait employer pour les y faire entrer. Vous sentirez bien avec nous, combien il importe de manier cetté affaire avec la plus

grande délicatesse et d'en garder le plus profond secret. Il ne s'agit aussi pas pour le présent d'y mettre déjà la main, mais seulement de préparer les matériaux et de savoir où l'on pourrait s'adresser avec succès et sans danger, et ce qu'il faudrait faire pour cet effet. Nous nous réservons d'entretenir une correspondance ultérieure avec Vous sur cet objet important, et nous finissons aujourd'hui en Vous priant de nous honorer d'une réponse sur tout ce que dessus, aussitôt que cela se pourra, et en Vous renouvelant les assurances de la considération distinguée, avec laquelle nous avons l'honneur d'être etc.

Berlin le 9. Mars 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 25.

Hertzberg konnte jedoch nicht unterlassen, diesem Ministerialschreiben gleichzeitig einen Privatbrief hinzuzufügen, um den Eifer, den jenes bei dem Herrn von Hofensfeld hätte anregen können, sogleich wieder zu dämpfen.

Monsieur!

Vous recevrez aujourd'hui une lettre du ministère au sujet d'une ligue à conclure dans l'Empire. Nous sentons bien, que ce serait une entreprise trop dangereuse avant la mort de l'électeur Palatin, et que, si on entamait cette affaire trop tôt, ce serait le moyen de la gâter entièrement et d'éveiller nos rivaux avant le tems; mais c'est une idée que le Roi a prise subitement, et sur laquelle il a fallu le satisfaire du moins par manière d'acquit. J'ai voulu Vous informer de ces circonstances sous le sceau de secret, afin que Vous ne poussiez pas cette affaire trop chaudement, et que Vous nous fournissiez seulement des réponses générales, par lesquelles on puisse contenter le Roi jusqu'à ce que le tems permette, d'y travailler sérieusement.

Je suis avec les sentimens, que Vous me connaissez etc.
Berlin le 9. Mars 1784.

Hertzberg.